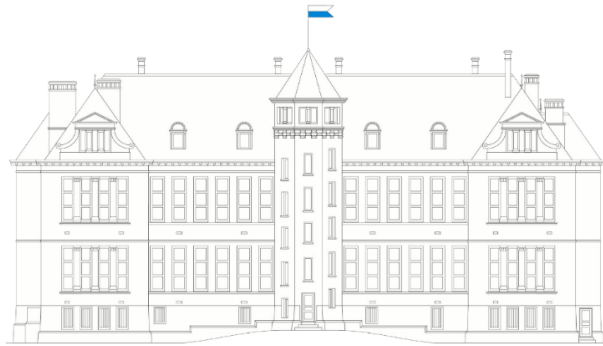


# EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern  
bei der Europäischen Union  
in Brüssel**



## EDITORIAL

Liebe europapolitisch Interessierte,

eine Ära Europas neigt sich dem Ende zu. Beim zurückliegenden EU-Gipfel hat sich Bundeskanzlerin *Dr. Angela Merkel* von ihren 26 Kolleginnen und Kollegen aus dem Kreis der Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Mit ihr geht eine glühende Europäerin, ein Stabilitätsanker Europas. Mit ihrer außergewöhnlichen Fähigkeit, Kompromisse zu schmieden, hat sie die europäische Idee geprägt – und das in schwierigen Jahren, in einer Zeit, die unseren kontinentalen Zusammenhalt auf harte Proben gestellt hat – denken wir an die Finanzkrise und die Corona-Pandemie. Ratspräsident *Charles Michel* hat daher zum Abschied der Bundeskanzlerin einen Vergleich gewählt, der für sich selbst spricht: Ein Gipfel ohne *Merkel* sei wie Rom ohne den Vatikan oder Paris ohne den Eiffelturm.

Klar ist nun: Die politischen Debatten auf dem europäischen Parkett werden nicht einfacher. Was deshalb unbedingt notwendig ist, auch in schwierigen Diskussionen: Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander, auch bei den zwei kontrovers diskutierten Themen, die Europa aktuell dominieren: den rapide ansteigenden Energiepreisen in vielen Mitgliedstaaten sowie der Auseinandersetzung der EU mit Polen in Fragen der Rechtsstaatlichkeit.

Wo ich auch immer derzeit als Europaministerin hinkomme, die Energiepreisfrage beschäftigt alle: die Haushalte und Familien, die Betriebe. Um die Haushalte – jetzt wo die kalte Jahreszeit ins Haus steht – und die Unternehmen vor den ansteigenden Preisen zu schützen sowie einen funktionierenden EU-Binnenmarkt zu gewährleisten, hat die Europäische Kommission bereits Mitte Oktober eine Reihe von Maßnahmen vorgestellt. Sie umfassen Werkzeuge wie Sofortzahlungen für bedürftige Verbraucher, Steuererleichterungen sowie Subventionen für KMU. Entscheidend ist, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen mit den europäischen Wettbewerbsregeln kompatibel sind und eine Verzerrung des Binnenmarkts ausschließen. Umso mehr bedauere ich, dass auf dem zurückliegenden EU-Gipfel die politischen Meinungen noch zu kontrovers für eine Lösung waren. Auch wenn das Thema Energiepreise in die Verantwortung der Mitgliedsstaaten fällt, kann die EU ihren Beitrag leisten, Energiepreise dauerhaft zu stabilisieren, die Versorgungssicherheit zu garantieren und zur Klimaneutralität beizutragen. Ich sehe die EU hier weiterhin in der Pflicht.



Das zweite zentrale EU-Gipfelthema stand ganz im Zeichen des höchst umstrittenen und ebenso kritisierten jüngsten Urteils des polnischen Verfassungsgerichts. Es ist das erste Mal, dass ein Gericht eines Mitgliedstaates in dieser Absolutheit feststellt, dass zentrale Vorschriften der EU-Verträge mit der nationalen Verfassung unvereinbar sind. Ich kann die vielfach geäußerte Meinung nur teilen: Den Mitgliedstaaten steht



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 17/2021 vom 28.10.2021**



nicht frei, welche Inhalte der EU-Verträge sie annehmen und welche sie ignorieren. Die Vorteile einer Hausgemeinschaft in Anspruch zu nehmen, setzt voraus, dass die gemeinsame Hausordnung akzeptiert wird. Ich hoffe, dass der politische Dialog doch noch zum Erfolg führen wird. Denn keiner Demokratinnen und keinem Demokraten kann daran gelegen sein, dass die Europäische Union Schaden nimmt. Ich bin mir aber auch sicher: Die Europäische Union wird und sie muss Flagge zeigen, um der Rechtsstaatlichkeit in Europa zum Durchbruch zu verhelfen!

Doch nun: Viel Spaß bei der Lektüre des neuen Europaberichts.

*Ihre Melanie Huml*

*Melanie Huml*



EDITORIAL .....	2
<b>POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN.....</b>	<b>9</b>
RATSPRÄSIDENTSCHAFT.....	9
Europäischer Rat wird von Debatten über Energiepreise und Rechtsstaatlichkeit in Polen dominiert .....	9
Ratstagung in der Formation „Allgemeine Angelegenheiten“ hat den EU-Gipfel im Blick .....	9
Ratstagung in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten“ mit einem breiten Themenspektrum.....	10
EUROPÄISCHES PARLAMENT .....	11
Plenartagung vom 18.10.2021 - 21.10.2021: Polen, Klima, „Vom Hof auf den Tisch“, Frontex, <i>Alexej Nawalny</i> .....	11
INSTITUTIONELLES.....	12
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor.....	12
Kommission bewertet Fortschritte der (potentiellen) Erweiterungskandidaten .....	13
Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas diskutiert Bürger-Vorschläge.....	13
INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN .....	13
Brexit-Regeln: EU und UK starten eine neue Verhandlungsrunde in der Nordirland-Frage .....	13
Putsch im Sudan: EU droht mit Entzug von Finanzhilfen.....	14
MEDIEN .....	14
Stakeholder-Dialog betreffend grenzüberschreitende Verfügbarkeit audiovisueller Werke.....	14
<b>STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION .....</b>	<b>15</b>
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMI .....	15
COVID-19.....	15
Europäischer Rat fordert erneute Überarbeitung der Ratsempfehlungen zu pandemiebedingten Reiserestriktionen .....	15
ASYL UND MIGRATION .....	16
Berichterstatter des Europäischen Parlaments legen erste Berichtsentwürfe zum Asyl- und Migrationspaket vor .....	16
Europäischer Rat verurteilt hybride Angriffe an den Grenzen der EU .....	17
FRONTEX.....	17
Europäisches Parlament fordert teilweises Einfrieren des Frontex-Budgets 2022 .....	17
EUROPOL .....	17
Europäisches Parlament beschließt Verhandlungsmandat zur Europol-VO.....	17
CYBERSICHERHEIT.....	18
Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Kommissionsvorschlag einer „Joint Cyber Unit“ an .....	18
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR .....</b>	<b>19</b>
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor – Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMB.....	19



EISENBAHNVERKEHR.....	19
Kommission verlängert Befragung zur Harmonisierung des EU-Eisenbahnsystems .....	19
STRAßENVERKEHR.....	20
Kommission führt Befragung zur Bestimmung der CO <sub>2</sub> -Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen durch.....	20
LUFTVERKEHR .....	20
EU und Katar unterzeichnen Luftverkehrsabkommen.....	20
BAUEN UND WOHNEN.....	21
Kommission gibt Finalisten für den Preis barrierefreie Stadt 2022 bekannt .....	21
Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für August 2021 in der EU.....	21
STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ.....	22
EuGH: Polen muss täglich 1 Million € Zwangsgeld zahlen .....	22
Rechtstaatlichkeit in Polen – Debatte im Europäischen Parlament .....	22
Rechtstaatlichkeit in Polen – Debatte im Rat .....	23
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor – Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMJ .....	23
Öffentliche Konsultation zur Anpassung der zivilrechtlichen Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an künstliche Intelligenz .....	24
EuGH: Blinde Schöffin darf nicht vollständig von der Teilnahme an Strafsachen ausgeschlossen werden .....	24
STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS .....	25
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMUK ....	25
STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST .....	26
Europäisches Institut für Innovation und Technologie startet Innovationspartnerschaft im Bereich des Kultur- und Kreativsektors.....	26
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMWK ...	26
Europäisches Institut für Innovation und Technologie unterstützt Neues Europäisches Bauhaus .....	27
Europäisches Parlament fordert in Entschließung Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Künstlerinnen und Künstlern .....	27
STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT .....	29
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMFH ....	29
Kommission stößt Reformdebatte über die Überprüfung des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der EU an.....	29
EU-Haushalt 2022 .....	30
Rat für Wirtschaft und Finanzen: Verabschiedung der Durchführungsbeschlüsse zu den Aufbau- und Resilienzplänen .....	30
STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE ...	31
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMWi .....	31



WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE .....	31
Basel-III-Finalisierung: Kommission legt Vorschläge zur Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften vor .....	31
Überarbeitung der Roaming-Verordnung: Europäisches Parlament legt seinen Standpunkt fest .....	32
Notleidende Kredite: Europäisches Parlament nimmt politische Einigung zur Sekundärmarkttrichtlinie formal an .....	32
Finanzstabilität: Kommission benennt Ersatzsätze für EONIA und CHF LIBOR .....	32
Kohäsionspolitik: EuRH veröffentlicht Sonderbericht zur leistungsbezogenen Finanzierung .....	33
TECHNOLOGIE UND INNOVATION .....	33
Europäischer Innovationsrat: Fünf Unternehmen aus Bayern für eine Förderung ausgewählt .....	33
Innovationsrat: Aufforderungsrunde zur Einreichung von Vorschlägen zur Förderung des grünen Wandels gestartet .....	33
Europäisches Institut für Innovation und Technologie (EIT) unterstützt Neues Europäisches Bauhaus ..	34
Weltraumverkehrsmanagement: Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Stellungnahme für EU-Strategie für eine nachhaltige Nutzung des Weltraums .....	34
AUßENWIRTSCHAFT .....	34
EU-USA-Handels- und Technologierat: Konsultationsplattform für Gestaltung der transatlantischen Zusammenarbeit gestartet .....	34
Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Handelsabkommen mit Georgien und der Republik Moldau ein .....	35
ENERGIE .....	35
Europäischer Rat: Schlussfolgerungen zu gestiegenen Energiepreisen .....	35
Energierat: Außerordentliche Tagung zum Anstieg der Energiepreise .....	36
Europäisches Parlament nimmt Entschließung zu Leitlinien für staatliche Klima-, Energie und Umweltbeihilfen an .....	36
Bericht der Kommission zum Stand der Energieunion 2021 .....	37
Kommission leitet Konsultation zu delegierter Verordnung für grenzüberschreitende Projekte im Bereich erneuerbare Energien ein .....	37
STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ .....	38
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMUV ....	38
UMWELT .....	39
Kommission leitet Konsultation zur Aktualisierung der Überprüfung biozider Wirkstoffe ein .....	39
Europäisches Parlament nimmt Entschließung zur EU-Strategie zur Verringerung von Methanemissionen an .....	39
Europäisches Parlament nimmt Entschließung zur Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2021 an ....	40
Europäisches Parlament nimmt Entschließung zu Leitlinien für staatliche Klima-, Energie- und Umweltbeihilfen an .....	40
Kommission leitet Konsultation zur CO <sub>2</sub> -Bestimmung von mittelschweren Lastkraftwagen und schweren Bussen ein .....	41



VERBRAUCHERSCHUTZ .....	41
Kommission erweitert Anwendungsbereich des EU-Umweltzeichens auf alle Kosmetik- und Tierpflegeprodukte .....	41
Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zum Schutz der Arbeitnehmer vor Asbest an.....	42
Kommission leitet Konsultation zur Aus- und Einfuhr von gefährlichen Chemikalien ein .....	42
Kommission leitet Konsultation zur Produkthaftungsrichtlinie ein .....	43
Kommission leitet Konsultation zur Novellierung der EU-Tierschutzvorschriften ein.....	43
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN .....</b>	<b>44</b>
Europäisches Parlament stimmt über Farm to Fork - Strategie ab .....	44
Kommission veröffentlicht Monatsbericht über Handel von Agrar-/Ernährungsgüter .....	44
Kommission veröffentlich Studien zu Auswirkungen des Green Deal auf Landwirtschaft .....	45
Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zur EU-Strategie zur Verringerung von Methan- emissionen an.....	45
Kommission leitet Konsultation zur Novellierung der EU-Tierschutzvorschriften ein.....	46
Kommission startet Konsultation zu Durchführungsbestimmung zur neuen EU-Öko-Verordnung.....	46
Kommission veröffentlich Konsultationen zur Aktualisierung des Schulprogrammes für Obst, Gemüse und Milch .....	46
Kommission veröffentlich fünf Konsultationen zur Aktualisierung von Verordnungen im Bereich Pflanzenschutzmittel .....	47
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES.....</b>	<b>48</b>
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMAS ....	48
Sozialdienstleister wollen auf EU-Ebene die Sozialpartnerschaft stärken .....	48
Kommission ermittelt Regionen, in denen Frauen besonders erfolgreich sind .....	48
Kommission will mehr Inklusion bei Erasmus+ und Europäischem Solidaritätskorps .....	49
Europäisches Parlament fordert stärkere soziale Dimension des Europäischen Semesters .....	49
Rat der EU fordert Berücksichtigung der Geschlechter-Perspektive in allen Politikbereichen .....	50
Europäische Sozialpartner fordern stärkere Einbindung beim Wiederaufbau .....	50
<b>STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE .....</b>	<b>52</b>
Europäische Arzneimittel-Agentur prüft ein weiteres Medikament gegen COVID-19.....	52
COVID-19: Europäischer Rat am 21.10.2021 .....	52
Europäisches Parlament fordert mehr Transparenz um COVID-19 Impfstoffe.....	53
EU hat mehr als eine Milliarde Impfdosen exportiert.....	53
Kommission veröffentlich Bericht zum Digitalen COVID-Zertifikat der EU.....	53
Schrittweise Einführung der neuen Regeln zu In-vitro-Diagnostika .....	54
EU-Gesundheitspreis für Krebsprävention und psychische Gesundheit .....	54



STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES .....	55
Europäischer Rat: Schlussfolgerungen zu Digitaler Agenda.....	55
Kommission veröffentlicht Bericht zum Digitalen COVID-Zertifikat der EU.....	55
Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMD .....	55





## POLITISCHE SCHWERPUNKTE, INSTITUTIONELLES UND MEDIEN

### RATSPRÄSIDENTSCHAFT

#### Europäischer Rat wird von Debatten über Energiepreise und Rechtsstaatlichkeit in Polen dominiert

Auf dem Europäischen Rat vom 21./22.10.2021 wurden Differenzen zwischen den Mitgliedstaaten deutlich betreffend die Frage nach der **Ursache der hohen Energiepreise**. Südeuropäer sehen darin ein Marktversagen und wollen den Strom- vom Gaspreis entkoppeln, Polen macht das Klimapaket der Kommission (mit)verantwortlich, Deutschland und acht andere Mitgliedstaaten treten dem entgegen und setzen auf Einsparung und Ausbau der erneuerbaren Energien, während Frankreich für die Kernenergie wirbt. Dementsprechend kam es zu keiner Einigung, wie die Union weiter vorgehen solle.

Das zweite gipfelbeherrschende Thema wurde – gegen den Willen von Ratspräsident *Michel* – der **Umgang mit Polen** nach dem Urteil von dessen Verfassungsgericht vom 07.10.2021, wonach zentrale Vorschriften der EU-Verträge gegen die polnische Verfassung verstießen. Der Forderung *Merkels*, auf Dialog zu setzen, schloss sich u. a. Frankreichs Präsident *Macron* an, während die Niederlande und die Skandinavier Härte zeigen und Auszahlungen an Polen fürs Erste stoppen wollen. Kommissionspräsidentin *von der Leyen* erklärte nach dem Gipfel, vor der Entscheidung des EuGH über die von Polen und Ungarn angestregte Klage gegen den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus werde sie diesen Hebel zum Stopp von Zahlungen nicht anwenden.

Im Übrigen fordert der Europäische Rat die Kommission im Lichte der Maßnahmen des belarussischen Regimes in Bezug auf die **Einschleusung von Migranten** auf, „alle erforderlichen Änderungen am Rechtsrahmen der EU sowie konkrete Maßnahmen [...] vorzuschlagen, um eine sofortige und angebrachte Reaktion [...] sicherzustellen“. Keine Aussagen wurden getroffen zur Sekundärmigration innerhalb der EU. Vor dem Hintergrund eines Anstiegs von **Cyber-Attacken** stand eine „wirksame Reaktion“ im Mittelpunkt der Forderungen.

Es handelte sich aller Wahrscheinlichkeit nach um das **letzte von 107 Gipfeltreffen** der Staats- und Regierungschefs der EU mit **Bundeskanzlerin Merkel**. Sie wurde von vielen Teilnehmern (Ratspräsident *Michel*: „Der Europäische Rat ohne *Angela* ist wie Rom ohne Vatikan oder Paris ohne Eiffelturm.“) und auch in einem eingespielten persönlichen Grußwort vom ehemaligen US-amerikanischen Präsidenten *Obama* gewürdigt.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates; Artikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung](#)

#### Ratstagung in der Formation „Allgemeine Angelegenheiten“ hat den EU-Gipfel im Blick

Am 19.10.2021 fand in Luxemburg die Tagung der EU-27 Minister für Europäische Angelegenheiten in der Ratsformation „Allgemeine Angelegenheiten“ statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war der Gedankenaustausch zur **Vorbereitung des Europäischen Rats** (siehe eigenen Beitrag in dieser Rubrik).



Im Rahmen des jährlichen Rechtsstaatlichkeitsdialogs (Bezug nehmend auf den Bericht über die **Rechtsstaatlichkeit** der Kommission vom 20.07.2021) haben die Minister zudem eine Aussprache geführt, die sich an den folgenden vier Säulen orientierte: 1) Justizsysteme 2) Rahmen zur Korruptionsbekämpfung 3) Medienpluralismus 4) institutionelle Fragen im Zusammenhang mit „Kontrollen und Gegenkontrollen“.

Daneben informierte der slowenische Vorsitz im Anschluss an die ersten europäischen Bürgerforen über den Stand der **Konferenz zur Zukunft Europas**. Für alle vier Bürgerforen haben die Eröffnungssitzungen bereits stattgefunden. In den ersten Sitzungen wurden Themenbereiche und Unterthemen ermittelt, über die die Teilnehmenden nun in den folgenden Sitzungen eingehender beraten werden. Der Vorsitz berichtete ferner über den aktuellen Stand der Vorbereitungen für die nächste Plenarversammlung der Konferenz am 23.10.2021 (siehe auch hierzu eigenen Beitrag in dieser Rubrik).

Darüber hinaus hat der Rat Schlussfolgerungen angenommen, in denen die EU und die Mitgliedstaaten ersucht werden, den EU-Rahmen für das Krisenmanagement im Bereich der **Cybersicherheit** weiterzuentwickeln. Dazu soll u. a. das Potenzial einer gemeinsamen Cyber-Einheit geprüft werden.

[Ergebnisdokument der Ratstagung](#) (in englischer Sprache)

### Ratstagung in der Formation „Auswärtige Angelegenheiten“ mit einem breiten Themenspektrum

Die EU-27 Außenminister tauschten sich am 18.10.2021 in Luxemburg im Rahmen ihrer Ratstagung u. a. darüber aus, in welchen Bereichen und Themenfeldern in Zukunft eine engere Kooperation mit der **Golfregion** wichtig ist. Dabei ging es v. a. um die Schaffung einer nachhaltigen regionalen Sicherheitsarchitektur, wofür auch zügige Fortschritte bei den Verhandlungen zum iranischen Nuklearabkommen entscheidend sind.

Im Fokus stand auch ein Gedankenaustausch über die Beziehungen der EU zur **Östlichen Partnerschaft**. Die Minister formulierten klare Erwartungen an die Länder in Osteuropa, was v. a. Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Korruptionsbekämpfung anbelangt. Als gemeinsames Ziel wurde festgehalten, die Resilienz der Länder gegenüber externen Einflüssen (u. a. aus Russland) zu stärken. Die Minister sicherten ferner zu, die Partner mit Impfstoffen, Impfzertifikaten und bei der Bekämpfung von Desinformation zu unterstützen.

Der Rat führte auch eine lange Diskussion über **Belarus** und die Frage der Migranten, die gedrängt werden, sich zur EU-Grenze zu bewegen. Die Außenminister warnten vor der politischen Ausnutzung von Migranten durch das belarussische Regime und betonten, dass die Kontakte zu den Herkunfts- und Transitländern sowie die Arbeit an einer angemessenen Reaktion der EU fortgesetzt würden.

Auch die verschlechternde Lage in **Äthiopien** (v. a. Menschenrechtsverletzungen in der Region Tigray) war Gegenstand der Tagung. Die Minister waren sich einig, die humanitäre Hilfe für Äthiopien fortzusetzen.

[Ergebnisdokument der Ratstagung](#) (in englischer Sprache)



## EUROPÄISCHES PARLAMENT

### Plenartagung vom 18.10.2021 - 21.10.2021: Polen, Klima, „Vom Hof auf den Tisch“, Frontex, Alexej Nawalny

Das Europäische Parlament (EP) hat auf seiner jüngsten Plenartagung in Straßburg Entschließungen zu einer Vielzahl von Themen gefasst:

- **Rechtsstaat in Polen:** Das Plenum verurteilt nach einer hitzigen Debatte mit dem polnischen Ministerpräsidenten *Morawiecki* das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts (siehe Beitrag zum Europäischen Rat) und fordert die Kommission auf, unverzüglich zum Schutz des EU-Rechts tätig zu werden.
- **EU-Haushalt:** Mit einer Steigerung um 2,7 Mrd. € gegenüber dem Kommissionsvorschlag auf 171,8 Mrd. € geht das EP in die Verhandlungen mit dem Rat. Aufgestockt wurden u. a. das Forschungsprogramm Horizont Europa, das Austauschprogramm Erasmus+ und humanitäre Hilfe.
- **Pandora Papers:** Die Abgeordneten fordern eine gründliche Untersuchung der aufgedeckten Missstände im Steuerrecht und fordern die Kommission auf, den Erlass weiterer Rechtsvorschriften zu prüfen. Die aktuelle Schwarze Liste für Steueroasen wird als „stumpfes Schwert“ bezeichnet.
- **Klimaschutz:** Das EP ruft zur weltweiten Beschleunigung von Klimaschutzmaßnahmen und zur führenden Rolle der EU auf. In Richtung Kommission wird appelliert, verbindliche Maßnahmen und Methanreduktionsziele für alle Sektoren vorzuschlagen; diesbezüglich solle es auch ein verbindliches globales Abkommen auf der bevorstehenden Klimaschutzkonferenz COP26 in Glasgow geben.
- **„Vom Hof auf den Tisch“:** Das EP begrüßt die Kommissions-Strategie und unterbreitet Vorschläge, um gesündere Lebensmittel zu produzieren, die Umweltauswirkungen der Landwirtschaft zu verringern und Ernährungssicherheit sowie ein angemessenes Einkommen für Landwirte sicherzustellen.
- **Impfstoffe:** Das Plenum fordert Rechtsvorschriften, die den Prozess der Erforschung, des Erwerbs und der Verteilung von COVID-19-Impfstoffen transparenter machen. Zudem solle die Kommission die Kaufverträge mit Impfstofflieferanten veröffentlichen.
- **Frontex:** Das EP fordert, einen Teil des Frontex-Budgets für 2022 erst freizugeben, wenn die Grenzschutz-Agentur bestimmte Bedingungen erfüllt hat. Dazu gehören u. a. ein Mechanismus zur Meldung schwerwiegender Vorfälle an den EU-Außengrenzen und ein Grundrechtsüberwachungssystem.
- **Roaming:** Die Abgeordneten befürworten die Verlängerung der Roaming-Verordnung, mit der sichergestellt wird, dass die europäischen Verbraucher auch in den nächsten zehn Jahren zu den gleichen Kosten wie zu Hause über die EU-Grenzen hinweg telefonieren und Daten übertragen können.



- **Schutz vor Asbest:** Das Plenum fordert eine EU-Strategie für die Beseitigung von Asbest und die Verbesserung der bestehenden Vorschriften zum erhöhten Schutz der Arbeitnehmer. Sie wollen u. a. den Grenzwert für die Exposition senken und fordern eine Entschädigung für alle Opfer.
- **Kfz-Versicherung:** Das EP billigt eine Vereinbarung mit dem Rat zur Aktualisierung der Kfz-Versicherungsvorschriften für einen besseren Schutz und eine Gleichbehandlung von EU-Bürgern, die in Verkehrsunfälle verwickelt sind oder ihre Fahrzeuge versichern müssen.
- **Kultur- und Kreativsektor:** Die Abgeordneten schlagen gemeinsame EU-Sozialstandards für Künstler und eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Mobilität vor. Auch soll die Kommission die Lage von Urhebern gegenüber großen Plattformen bewerten und ggf. Abhilfe vorschlagen.
- **Medienfreiheit:** Das Plenum fordert einen dauerhaften Fonds für Nachrichtenmedien, um deren Unabhängigkeit sicherzustellen, und auch darüber hinaus entsprechende Schutzmaßnahmen. Gefahr drohe den Medien auch von der (Werbe-)Dominanz großer Plattformen.
- **Sacharow-Preis:** Der russische politische Gefangene *Alexej Nawalny* wurde für seinen Kampf gegen die Korruption des Regimes von Präsident *Putin* mit dem Sacharow-Preis für geistige Freiheit 2021 ausgezeichnet. Mit der Verleihung des Preises würdigt das EP „seinen immensen Mut und [wiederholte] seine Forderung nach sofortiger Freilassung“, so EP-Präsident *Sassoli*.

[Pressemitteilungen des EP](#) (in englischer Sprache)

## INSTITUTIONELLES

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihr Arbeitsprogramm 2022 vorgelegt. Es enthält viele der von Kommissionspräsidentin *von der Leyen* in ihrer Rede zur Lage der Union am 15.09.2021 angekündigten Gesetzesvorhaben, so etwa ein Halbleiterchip-Gesetz (vorgesehen für das 2. Quartal 2022), ein Medienfreiheits-Gesetz (3. Quartal) oder eine Pflegestrategie (3. Quartal). Aus dem Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik wird ein „Fahrplan“ für Sicherheits- und Verteidigungstechnologien (1. Quartal) nebst der Schaffung einer „echten“ Europäischen Verteidigungsunion genannt. Übergreifend soll das „one-in-one-out“-Prinzip gelten, also die Maßgabe, dass für jedes neue Gesetz ein altes abgeschafft wird. Auch möchte die Kommission verstärkt territoriale Folgenabschätzungen und die Prüfung von Auswirkungen ihrer Vorhaben auf den ländlichen Raum vornehmen.

Zu den inhaltlichen Schwerpunkten des Arbeitsprogramms siehe die einzelnen Beiträge der Ressorts in diesem EB.

[Pressemitteilung der Kommission](#)



### Kommission bewertet Fortschritte der (potentiellen) Erweiterungskandidaten

Ebenfalls am 19.10.2021 hat die Kommission ihre jährliche Bewertung der Fortschritte der Erweiterungskandidaten Albanien, Nordmazedonien, Serbien, Montenegro und Türkei vorgenommen. Während sie in Bezug auf Albanien und Nordmazedonien unverändert die schnellstmögliche Aufnahme von Beitrittsgesprächen empfiehlt, fordert sie von Serbien und Montenegro dringende Fortschritte in Bezug auf Meinungs- und Medienfreiheit bzw. Korruptionsbekämpfung. Der Türkei attestiert die Kommission beinahe über alle untersuchten Politikfelder hinweg schwerwiegende Mängel; die Situation habe sich weiter verschlechtert. Dem potentiellen Beitrittskandidaten Kosovo bescheinigt die Kommission einen positiven Trend und ist der Auffassung, das Land erfülle alle Kriterien für die Visa-Liberalisierung. Beim weiteren potentiellen Beitrittskandidaten Bosnien-Herzegowina sieht die Kommission hingegen in weiteren Bereichen keinerlei Fortschritte, teilweise Verschlechterungen und nennt die Blockade der staatlichen Institutionen „besorgniserregend“.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas diskutiert Bürger-Vorschläge

Bei der zweiten Plenarversammlung der Konferenz zur Zukunft Europas am 23.10.2021 standen die bisherigen Vorschläge der Bevölkerung im Mittelpunkt. Das Plenum, in dem auch 80 Vertreter der europäischen Bürgerforen Sitze einnehmen, führte Gespräche über erste Eindrücke, Themenbereiche und Unterthemen aus den [europäischen Bürgerforen](#). Zudem wurden die Ergebnisse der [nationalen Foren und Veranstaltungen](#) und die [20 beliebtesten Ideen](#) des [Europäischen Jugendevents](#) debattiert. Weitere Vorschläge, die bei der Plenarversammlung besprochen wurden, stammen aus dem [zweiten Zwischenbericht über die mehrsprachige Online-Plattform](#). Die nächste Plenarversammlung der Konferenz findet am 17./18.12.2021 statt. Bis dahin werden weiterhin Vorschläge der Bevölkerung gesammelt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

### Brexit-Regeln: EU und UK starten eine neue Verhandlungsrunde in der Nordirland-Frage

Die Europäische Union und das Vereinigte Königreich haben im verfahrenen Streit um Brexit-Regeln für Nordirland ab dem 26.10.2021 in London eine neue Verhandlungsrunde gestartet. In dem Streit geht es darum, wie das im Brexit-Abkommen vereinbarte Nordirland-Protokoll umgesetzt werden soll. Das Protokoll sieht vor, dass die britische Provinz auch nach dem Brexit Teil der EU-Zollunion und des Binnenmarkts bleibt. Mit der Regelung wird eine harte Grenze zum EU-Mitglied Republik Irland vermieden, durch die es vermutlich zu neuen Spannungen im früheren Bürgerkriegsgebiet käme. Allerdings ist dadurch eine Zollgrenze zum Rest des Vereinigten Königreichs entstanden, es kommt zu Einschränkungen im innerbritischen Handel. Die britische Regierung betonte im Vorfeld der Verhandlungen, dass die Zuständigkeit des [EuGH](#) bei der Schlichtung von



Konflikten zwischen [Großbritannien](#) und der EU enden müsse. Es müssten zudem schnell Lösungen gefunden werden, da sich in Nordirland die Auswirkungen des Protokolls im Alltag zeigten: So könnten etwa typische Weihnachtsprodukte nicht geliefert werden. Sollte dies nicht gelingen, müsse man Artikel 16 anwenden und damit das Abkommen teilweise außer Kraft setzen. Die EU hatte erst kürzlich erhebliche Erleichterungen für den Warenverkehr zwischen Großbritannien und Nordirland in Aussicht gestellt. Die Prüfungen der Qualitätsstandards bei Lebensmitteln und anderen Waren sollen dadurch ebenso deutlich verringert werden wie Zollformalitäten. Auch Medikamente sollen ohne Einschränkungen in die britische Provinz gelangen können.

[Bericht von REUTERS](#)

### **Putsch im Sudan: EU droht mit Entzug von Finanzhilfen**

Nach dem Militärputsch im Sudan hat die EU den Machthabern des Landes mit dem Entzug ihrer Finanzhilfen gedroht. Der Versuch, den Übergangsprozess im Sudan zu unterminieren, sei „inakzeptabel“, erklärte der EU-Außenbeauftragte *Josep Borrell* im Namen der 27 Mitgliedstaaten. Aus EU-Kreisen hieß es, dies könne etwa noch nicht getätigte Zahlungen an das nordostafrikanische Land betreffen. Die europäischen Finanzhilfen belaufen sich seit 2016 auf insgesamt 500 Mio. €. Auch könnten die 27 EU-Staaten Sanktionen gegen die Drahtzieher des Putsches beschließen, allen voran Armeechef *Abdel Fattah al-Burhan*. Die EU verurteilte in ihrer Erklärung die Verhängung des Ausnahmezustandes durch den General und forderte die sofortige Freilassung von Regierungschef *Abdalla Hamdok*, der im Haus des Armeechefs festgehalten wird.

[Erklärung des EU-Außenbeauftragten](#) (in englischer Sprache)

## **MEDIEN**

### **Stakeholder-Dialog betreffend grenzüberschreitende Verfügbarkeit audiovisueller Werke**

Die Kommission hat am 22.10.2021 einen Dialog mit Interessensvertretern gestartet, um die grenzüberschreitende Verfügbarkeit audiovisueller Werke zu verbessern. Kommissar *Bretton* erklärte, es gebe eine große Anzahl an Filmen, Serien, TV-Kanälen und Online-Diensten, die aber „nicht gut“ im Binnenmarkt zirkulierten. Ziel des Dialogs mit Produzenten, Vertriebsunternehmen, Sendern, Video-on-Demand-Plattformen und Verbrauchern sollen freiwillige Maßnahmen der Rechteinhaber für die breitere Verfügbarkeit audiovisueller Werke über die Binnengrenzen hinweg sein. Ab Mitte November soll es regelmäßige Treffen des Formats geben.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)





## STAATSMINISTERIUM DES INNERN, FÜR SPORT UND INTEGRATION

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMI

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihr Arbeitsprogramm 2022 vorgelegt. Aus dem Geschäftsbereich des StMI ist dabei insbesondere auf folgende Initiativen hinzuweisen:

- Unter dem Ziel „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ plant die Kommission ein europäisches Gesetz über Cyberresilienz, das gemeinsame Cybersicherheitsnormen für Produkte festlegen wird; der Legislativakt ist für das 3. Quartal 2022 angekündigt.
- Unter dem Ziel „Wirtschaft im Dienste der Menschen“ plant die Kommission eine legislative Überarbeitung des Rechtsrahmens für die europäische Bevölkerungsstatistik.
- Unter dem Ziel „Förderung unserer europäischen Lebensweise“ dringt die Kommission auf eine Einigung zu den bereits anhängigen Legislativvorschlägen im Rahmen des neuen Migrations- und Asylpakets. Darüber hinaus sollen die Vorschriften über Fluggastdaten („Advance Passenger Information“, API) im 2. Quartal 2022 überarbeitet werden.
- Unter dem Ziel „Neuer Schwung für die Demokratie in Europa“ plant die Kommission einen gemeinsamen Rechtsrahmen für die effiziente Übertragung der Strafverfolgung zwischen den Mitgliedstaaten. Darüber hinaus soll die Führerscheinrichtlinie überarbeitet werden, um die Straßenverkehrssicherheit zu verbessern.

[Pressemitteilung der Kommission vom 19.10.2021](#)

[Arbeitsprogramm der Kommission für 2022](#)

[Anhänge zum Arbeitsprogramm](#)

## COVID-19

### Europäischer Rat fordert erneute Überarbeitung der Ratsempfehlungen zu pandemiebedingten Reiserestriktionen

Nachdem die Ratsempfehlungen zur Einreise aus Drittstaaten in die EU sowie zur Freizügigkeit innerhalb der EU zuletzt im Mai bzw. Juni 2021 grundlegend im Wege eines Zweiklangs aus „Lockerungen und Notbremse“ überarbeitet worden waren (EB 09/21 sowie EB 11/21), forderte der Europäische Rat am 21.10.2021 in seinen Schlussfolgerungen angesichts der Entwicklung der epidemiologischen Lage eine fortgesetzte Koordinierung sowie eine (erneute) Überarbeitung der beiden Ratsempfehlungen. Es ist nun an der Kommission, entsprechende Überarbeitungsvorschläge vorzulegen.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)



## ASYL UND MIGRATION

### Berichterstatter des Europäischen Parlaments legen erste Berichtsentwürfe zum Asyl- und Migrationspaket vor

In Bezug auf den Kommissionsvorschlag eines neuen Asyl- und Migrationspakets vom 23.09.2020 haben am 26.10.2021 die Berichterstatter des Europäischen Parlaments (EP) erstmals ihre Berichtsentwürfe zu zentralen Legislativvorschlägen des Pakets vorgestellt.

MdEP *Tomas Tobé* (EVP/SE), Berichterstatter für die zentrale Asyl- und Migrationsmanagement-VO, schlägt über 160 Änderungen am Kommissionsvorschlag vor. Insbesondere möchte er den Präventionsgedanken deutlich stärker betonen und schlägt insoweit einen neuen Mechanismus vor, der es den Mitgliedstaaten der Ersteinreise ermöglichen würde, frühzeitig das Risiko eines Migrationsdrucks mitzuteilen; die Kommission sei aufgefordert, eine 5-Jahres-Strategie zum Migrationsmanagement vorzulegen, die jährlich zu evaluieren sei. Außerdem sei die Zusammenarbeit mit Drittstaaten zu stärken, sowohl in Bezug auf Rückführungen als auch in Bezug auf die Fluchtursachenbekämpfung. Hinsichtlich des Solidaritätsmechanismus schlägt *Tobé* vor, die von der Kommission vorgeschlagenen zwei Szenarien – Migrationsdruck einerseits, Seenotrettungsfälle andererseits – in einem einzigen Solidaritätsmechanismus zu kombinieren, um weitere Komplexität zu vermeiden. Dabei müsse man, um den politischen Verhandlungsstillstand zu brechen, von verpflichtenden Übernahmen von Schutzsuchenden endgültig Abstand nehmen. Die von der Kommission vorgeschlagene Solidaritätsform der „return sponsorships“ wird im Berichtsentwurf begrüßt, ebenso die Solidaritätsform des operativen Kapazitätsaufbaus, die Mitgliedstaaten jedoch keinen „leichten Ausweg“ bieten dürfe; vielmehr müssten Solidaritätsleistungen anderer Mitgliedstaaten verpflichtend und wirkungsvoll sein. Darüber hinaus schlägt *Tobé* Änderungen an den Dublin-Kriterien vor, darunter eine Ausweitung des Familienangehörigenbegriffs auf Geschwister minderjähriger Schutzsuchender sowie eine Beweislastumkehr zugunsten der (bislang zuständigen) Staaten der Ersteinreise.

Ebenso legte MdEP *Fabienne Keller* (Renew/FR), Berichterstatterin für die Asylverfahrensverordnung, ihren Berichtsentwurf vor. Darin begrüßt sie wesentliche Elemente des Kommissionsvorschlags wie z. B. die 12-wöchigen Verfahrensfristen sowie das verpflichtende Grenzverfahren bei Ankunft aus Herkunftsländern mit niedriger Schutzquote von unter 20 %, schlägt insoweit aber vor, auch jüngste Entwicklungen in dem Herkunftsstaat mitzubedenken.

Die Berichtsentwürfe der Berichterstatter werden nun zunächst im federführenden LIBE-Ausschuss des EP erörtert.

[Berichtsentwurf zur Asyl- und Migrationsmanagement-VO](#)

[Berichtsentwurf zur Asylverfahrensverordnung](#)





## Europäischer Rat verurteilt hybride Angriffe an den Grenzen der EU

Der Europäische Rat widmete sich am 22.10.2021 – unter dem Eindruck wachsenden Migrationsdrucks aus Belarus – erneut dem Thema Migration. In den gemeinsamen Schlussfolgerungen zur Sitzung verurteilen die europäischen Staats- und Regierungschefs „jegliche hybride Angriffe an den Grenzen der EU“ und kündigen entsprechende Reaktionen an. Mit Blick auf den „laufenden hybriden Angriff seitens des belarussischen Regimes“ werde die EU „so schnell wie möglich weitere restriktive Maßnahmen gegen Personen und Rechtsträger“ annehmen. Die von einigen Mitgliedstaaten vorgebrachte Forderung, Grenzzäune durch EU-Mittel zu finanzieren, lehnte Kommissionspräsidentin *von der Leyen* hingegen ab, da es seit Langem eine Vereinbarung mit dem Europäischen Parlament gebe, dass es „keine finanzielle Förderung von Stacheldraht und Mauern gebe“.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)

## FRONTEX

### Europäisches Parlament fordert teilweises Einfrieren des Frontex-Budgets 2022

Einer entsprechenden Empfehlung des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments (EP) vom 27.09.2021 folgend (EB 15/21), hat das EP am 21.10.2021 beschlossen, Frontex nunmehr die Haushaltsentlastung für das Jahr 2019 zu erteilen. Ein Teil des Frontex-Budgets für das Jahr 2022 soll hingegen eingefroren und erst dann zur Verfügung gestellt werden, wenn Frontex 20 noch fehlende Grundrechtsüberwacher („fundamental rights monitors“) eingestellt, einen Mechanismus zur Meldung schwerwiegender Vorfälle an den EU-Außengrenzen sowie ein funktionierendes Grundrechtsüberwachungssystem eingerichtet hat.

[Pressemitteilung des EP vom 21.10.2021](#) (in englischer Sprache)

[Angenommener Text](#)

## EUROPOL

### Europäisches Parlament beschließt Verhandlungsmandat zur Europol-VO

Zu zwei Verordnungsvorschlägen der Kommission zur Stärkung des Mandats von Europol, vorgelegt im Dezember 2020, hatte der federführende LIBE-Ausschuss des Europäischen Parlaments (EP) am 12.10.2021 seine Verhandlungsposition festgelegt (EB 16/21), die nunmehr am 21.10.2021 vom Plenum des EP bestätigt wurde. Die Trilogverhandlungen mit dem Rat, der seine Verhandlungsposition bereits im Juni 2021 festgelegt hatte (EB 12/21), können nun beginnen.

[Pressemitteilung des EP vom 21.10.2021](#) (in englischer Sprache)



## CYBERSICHERHEIT

### Rat nimmt Schlussfolgerungen zum Kommissionsvorschlag einer „Joint Cyber Unit“ an

Zum Vorschlag der Kommission vom 23.06.2021, eine gemeinsame Cyber-Einheit („Joint Cyber Unit“) einzurichten, um die Reaktionsfähigkeit auf immer häufiger auftretende Cybersicherheitsvorfälle großen Ausmaßes zu verbessern (EB 12/21), hat der Rat am 19.10.2021 Schlussfolgerungen angenommen. Darin wird zwar u. a. die Notwendigkeit anerkannt, bestehende Netzwerke zu konsolidieren und eine Bestandsaufnahme möglicher Lücken und Bedarfe im Bereich des Informationsaustauschs vorzunehmen. Diese sollte dann die Basis einer Einigung zu möglichen Hauptzielen und Prioritäten einer möglichen gemeinsamen Cyber-Einheit sein. Der Rat betont in den Schlussfolgerungen aber auch die Notwendigkeit, angemessene Arbeitsmethoden und Führungsstrukturen zu schaffen, um eine angemessene Beteiligung aller Mitgliedstaaten an der Entwicklung einer gemeinsamen Cyber-Einheit sicherzustellen. Eine mögliche gemeinsame Cyber-Einheit müsse die Zuständigkeiten und rechtlichen Befugnisse künftiger Teilnehmer respektieren, und jede Beteiligung der Mitgliedstaaten basiere auf Freiwilligkeit. Die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und ihre alleinige Verantwortung für die nationale Sicherheit, auch im Bereich der Cybersicherheit, sei zu respektieren.

Der Europäische Rat hat am 22.10.2021 die „Joint Cyber Unit“ in seinen Schlussfolgerungen aufgegriffen und betont, „das Potenzial der Initiative für eine Gemeinsame Cybereinheit auszuloten“.

[Pressemitteilung des Rates vom 19.10.2021](#) (in englischer Sprache)

[Ratsschlussfolgerungen](#) (in englischer Sprache)

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WOHNEN, BAU UND VERKEHR

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor – Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMB

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihr Arbeitsprogramm 2022 vorgelegt (siehe weiteren Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Schwerpunkte aus dem Bereich des StMB sind u. a.:

- Null-Schadstoff-Paket: Als legislative Maßnahme wurde u. a. eine Überarbeitung der Richtlinie über EU-Luftqualitätsvorschriften angekündigt (Q3 2022).
- Paket zu Klimaschutzmaßnahmen: Als legislative Maßnahmen sollen u. a. ein EU-Rahmen für die harmonisierte Messung der im Bereich Verkehr und Logistik entstehenden Treibhausgasemissionen geschaffen (Q3/Q4 2022), die CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge überprüft (Q4 2022) sowie ein Zertifizierungssystem für den CO<sub>2</sub>-Abbau vorgelegt werden (Q4 2022).
- Multimodale digitale Mobilität: Als legislative Maßnahme ist ein Vorschlag zu multimodalen digitalen Mobilitätsdiensten geplant (Q4 2022).

Das Arbeitsprogramm 2022 kündigt u. a. folgende Überarbeitungen an (REFIT-Initiativen):

- Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser (Q2 2022),
- Altfahrzeug-Richtlinie und Richtlinie über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen (Q4 2022),
- Interoperabilitätsstrategie der Mitgliedstaaten zum Aufbau interoperabler öffentlicher Dienste (Q2 2022),
- Richtlinie über die Zertifizierung von Triebfahrzeugführern, die Lokomotiven und Züge im Eisenbahnsystem in der Gemeinschaft führen (Q4 2022).

Zu den Vorschlägen, die vorrangig weiterverfolgt werden sollen, zählen u. a. die Legislativvorschläge des „Fit-for-55“-Pakets, die Verordnung zur Verwirklichung des einheitlichen europäischen Luftraums sowie die Verordnung über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro5 und Euro6).

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zum Arbeitsprogramm 2022](#)

[Anhänge zum Arbeitsprogramm 2022](#)

## EISENBAHNVERKEHR

### Kommission verlängert Befragung zur Harmonisierung des EU-Eisenbahnsystems

Die Kommission hat ihre öffentliche Befragung zur Durchführungsverordnung zur schrittweisen Abschaffung bestimmter Zugschlussignale für Güterzüge bis zum 19.11.2021 verlängert (EB 16/21). Ziel ist es, bis zum



01.01.2026 das EU-Eisenbahnsystem vollständig zu harmonisieren. Aktuell bestehen noch nationale Vorschriften, wie in Belgien, Frankreich, Portugal und Spanien, die für deren Streckennutzung zwei feste rote Lichter an Güterzügen vorschreiben. Diese Länder müssen ab dem 01.01.2022 auch Güterzüge mit reflektierenden Schildern die Streckennutzung erlauben. Daneben sollen die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, regelmäßig über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten. Eine Annahme durch die Kommission ist bis Ende 2021 geplant.

[Befragung der Kommission](#)

## STRAßENVERKEHR

### Kommission führt Befragung zur Bestimmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen durch

Bis zum 12.11.2021 führt die Kommission eine öffentliche Befragung zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/2400 hinsichtlich der Bestimmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von mittelschweren und schweren Nutzfahrzeugen sowie schweren Bussen durch. Ziel ist es, den EU-Rechtsrahmen für die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen und Motoren zu vervollständigen und die Einführung von Elektrofahrzeugen und anderen neuen Technologien zu berücksichtigen. Auch das Arbeitsprogramm der Kommission kündigt im Rahmen des Pakets zu Klimaschutzmaßnahmen für 2022 eine Prüfung der CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge an (siehe weiteren Beitrag in diesem EB). Laut Entwurf soll die Verordnung bereits ab dem 01.07.2022 gelten und für Hybridelektrofahrzeuge und reine Elektrofahrzeuge ab dem 01.01.2024.

[Befragung der Kommission](#)

[Verordnung \(EU\) 2017/2400](#)

## LUFTVERKEHR

### EU und Katar unterzeichnen Luftverkehrsabkommen

Am 18.10.2021 haben die Europäische Union und Katar ein Luftverkehrsabkommen unterzeichnet. Bereits am 12.10.2021 schlossen die EU und die Ukraine ein Abkommen für einen gemeinsamen Luftverkehrsraum ab (EB 16/21). Ziel ist es, die Standards für einen fairen Wettbewerb sowie den sozialen und ökologischen Schutz auf Flügen zwischen der EU und Katar zu verbessern. Alle EU-Luftfahrtunternehmen erhalten die Möglichkeit, Direktflüge von jedem Flughafen in der EU nach Katar durchzuführen und umgekehrt. Die Kapazitäten sollen auch auf Flughäfen in Deutschland schrittweise bis 2024 erhöht werden. Daneben wurde eine Zusammenarbeit in sozialen und arbeitsrechtlichen Fragen vereinbart. Die Unterzeichnung weiterer Luftverkehrsabkommen mit Armenien und Tunesien wird in den kommenden Wochen erwartet.

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)



## BAUEN UND WOHNEN

### **Kommission gibt Finalisten für den Preis barrierefreie Stadt 2022 bekannt**

Am 25.10.2021 hat die Kommission die Finalisten für den Preis barrierefreie Stadt 2022 („Access City Award“) bekanntgegeben. Hierunter befinden sich Barcelona (Spanien), Helsinki (Finnland), Leuven (Belgien), Luxemburg, Palma (Spanien) und Porto (Portugal). Der Preis würdigt Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern, die sich um einen gleichberechtigten Zugang von Menschen mit Behinderung zum städtischen Leben verdient gemacht haben. In diesem Jahr haben sich 40 Städte um den Preis beworben. Die Gewinner werden anlässlich der Konferenz zum Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen am 03.12.2021 bekanntgegeben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Eurostat veröffentlicht Zahlen zur Produktion im Baugewerbe für August 2021 in der EU**

Am 19.10.2021 hat das statistische Amt der EU (Eurostat) Zahlen zur saisonbereinigten Produktion im Baugewerbe für August 2021 in der EU veröffentlicht (EB 16/21). Danach sank diese in der EU-27 gegenüber August 2020 um -1,0 %. Die Bautätigkeit ging im Hochbau um -0,7 % und im Tiefbau um -1,5 % zurück. Die größten Zuwächse der Produktion im Baugewerbe wurden in Ungarn (+10,2 %), Polen (+7,9 %) und Finnland (+4,7 %) verzeichnet. Die stärksten Rückgänge gab es in Spanien (-13,9 %), Rumänien (-7,0 %), Slowenien (- 6,8 %) und Frankreich (-6,3 %). In Deutschland wurde ein Anstieg um +1,0 % registriert.

[Pressemitteilung von Eurostat](#)



## STAATSMINISTERIUM DER JUSTIZ

---

### **EuGH: Polen muss täglich 1 Million € Zwangsgeld zahlen**

Am 27.10.2021 entschied der Vizepräsident des EuGH, dass Polen täglich 1 Million € Zwangsgeld zahlen muss, bis es der einstweiligen Anordnung des EuGH vom 14.07.2021 nachkommt (Rs. C-204/21 R). In dieser Anordnung hatte der EuGH entschieden, dass Polen die Anwendung der nationalen Rechtsvorschriften aussetzen müsse, die insbesondere die Zuständigkeit der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshof betreffen. Denn die Durchführung der am 14.07.2021 angeordneten einstweiligen Maßnahmen sei erforderlich, um einen schweren und nicht wieder gutzumachenden Schaden für die Rechtsordnung der EU und die Werte, auf denen diese Union beruht, insbesondere den Rechtsstaat, abzuwenden.

[Pressemitteilung des EuGH](#) (in englischer Sprache)

### **Rechtsstaatlichkeit in Polen – Debatte im Europäischen Parlament**

Am 19.10.2021 fand im Plenum des Europäischen Parlaments eine Debatte zur Lage der Rechtsstaatlichkeit in Polen und dem Vorrang des EU-Rechts statt. Kommissionspräsidentin *von der Leyen* zeigte sich erneut „zutiefst besorgt“ über das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 07.10.2021. Es sei „das erste Mal, dass ein Gericht eines Mitgliedstaates feststelle, dass die EU-Verträge nicht mit der nationalen Verfassung vereinbar seien.“ Der polnische Ministerpräsident *Morawiecki* hingegen sprach von einem großen Missverständnis. Das polnische Verfassungsgericht habe nur entschieden, dass eine bestimmte Interpretation von EU-Recht durch den EuGH gegen die polnische Verfassung verstoße. Er betonte auch, dass die Verfassung das höchste Recht in Polen sei. Zudem monierte er, dass in der EU mit zweierlei Maß gemessen werde. In der anschließenden Debatte verurteilte die Mehrheit der Abgeordneten das Urteil. Von der Kommission forderten sie, die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu nutzen. MdEP *Weber* (DEU/EVP) wies darauf hin, dass die polnische Regierung die „Axt an die Unabhängigkeit der Justiz“ in Polen anlege. Dies sei, so *Weber*, die eigentliche Frage, um die es gehe. In einer am 21.10.2021 verabschiedeten Entschließung verurteilten die Abgeordneten das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts, das den Vorrang des europäischen Rechts in Frage stelle. Die Kommission müsse unverzüglich handeln, um die polnischen Bürger und die Grundlagen des EU-Rechts zu verteidigen, u. a. durch die Anwendung des Konditionalitätsmechanismus.

[Übertragung der Debatte im Plenum](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zur Debatte](#) (19.10.2021)

[Rede von Kommissionspräsidentin von der Leyen](#)

[Pressemitteilung des Europäischen Parlaments zur Entschließung](#) (21.10.2021)



### Rechtstaatlichkeit in Polen – Debatte im Rat

Am 19.10.2021 fand im Rat für Allgemeine Angelegenheiten eine horizontale Aussprache zum Rechtstaatlichkeitsbericht 2021 der Kommission statt. Im Rahmen des jährlichen Dialogs zur Rechtstaatlichkeit wurde auch das Urteil des polnischen Verfassungsgerichts vom 07.10.2021 thematisiert. Dort hatte das polnische Verfassungsgericht mehrere Bestimmungen der EU-Verträge für verfassungswidrig erklärt und den Vorrang von EU-Recht vor nationalem Verfassungsrecht abgelehnt (siehe EB 16/21). Im Vorfeld hatte der polnische Ministerpräsident *Morawiecki* in einem Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der EU vom 18.10.2021 vor einer schrittweisen Umwandlung der Union in ein Gebilde gewarnt, das kein Bündnis freier, gleicher und souveräner Staaten mehr wäre, sondern ein zentral verwalteter Organismus, der der demokratischen Kontrolle durch die Bürger entzogen wären. Kurzfristig wurde das Thema Rechtstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz in Polen sodann auf die Tagesordnung des Europäischen Rates am 21.10.2021 gesetzt. Bundeskanzlerin *Merkel* betonte vor und nach dem Gipfel, der Konflikt könne nur im Dialog gelöst werden. In ähnlicher Weise äußerte sich Ratspräsident *Michel*. Nach dem Gipfel sprach Kommissionspräsidentin *von der Leyen* von einem „langen Weg vor uns“. Sie sagte zudem, sie werde keine entsprechenden Maßnahmen ergreifen, bis der EuGH nicht auf die Klage Polens und Ungarns gegen den Konditionalitätsmechanismus entschieden habe. Gegenüber der britischen Zeitung „Financial Times“ warnte der polnische Ministerpräsident am 25.10.2021 die EU davor, versprochene Gelder für Polen zurückzuhalten. „Wenn sie den dritten Weltkrieg beginnen, werden wir unsere Rechte mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln verteidigen“.

[Pressemitteilung des Rats für Allgemeine Angelegenheiten](#)

[Pressekonferenz nach dem Rat für Allgemeine Angelegenheiten](#)

[Schreiben des polnischen Ministerpräsidenten an die Staats- und Regierungschefs vom 18.10.2021](#) (in englischer Sprache)

[Tagungsseite des Europäischen Rates \(21./22.10.2021\)](#)

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor – Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMJ

Am 19.10.2021 legte die Kommission ihr Arbeitsprogramm 2022 vor (siehe auch Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Im Bereich der Justiz plant die Kommission eine Initiative für ein **Recht auf Reparatur** durch Priorisierung der Reparatur gegenüber Neulieferung sowie der Förderung von Reparatur nach Ablauf der Gewährleistungsfrist (3. Quartal). Zudem wurde die **Überarbeitung des Designrechts** und der **Rechtsvorschriften über ergänzende Schutzsertifikate** (2. bzw. 4. Quartal) angekündigt. Im 3. Quartal soll eine Initiative zur **Harmonisierung** bestimmter Aspekte des **materiellen Insolvenzrechts** vorgelegt werden. Der **Rechtstaatlichkeitsbericht 2022** wird erstmals konkrete Empfehlungen an die Mitgliedstaaten enthalten und die Kommission will Maßnahmen zur Sicherung des **Vorrangs des Unionsrechts** ergreifen. Auch soll geprüft werden, ob eine Annäherung zwischen den Mitgliedstaaten bei der **Untersuchungshaft und den Haftbedingungen** möglich erscheint. Im 3. Quartal ist eine Gesetzesinitiative zur **Übertragung der**





**Strafverfahren** geplant. Ferner wurde ein Gesetzesvorschlag zur **gegenseitigen Anerkennung der Elternschaft** (3. Quartal) und die Überarbeitung der **Rechte von Opfern** (4. Quartal) angekündigt. Auch soll die **Richtlinie über Pauschalreisen** im Lichte der Erfahrungen durch die COVID-19 Krise sowie die Richtlinie zur Erleichterung des grenzüberschreitenden **Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte** (4. Quartal) überarbeitet werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Mitteilung zum Arbeitsprogramm der Kommission 2022](#)

[Anhänge zur Mitteilung: Anhang I \(Liste der neuen politischen Initiativen\) und Anhang II \(REFIT-Initiativen\)](#)

### **Öffentliche Konsultation zur Anpassung der zivilrechtlichen Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an künstliche Intelligenz**

Am 18.10.2021 startete die Kommission eine öffentliche Konsultation für eine Anpassung der Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz. Bis 10.01.2022 kann Rückmeldung hierzu gegeben werden. Die Konsultation ist in zwei Abschnitte gegliedert: Der erste Abschnitt befasst sich mit der geplanten Überarbeitung der Produkthaftungs-Richtlinie, der zweite Abschnitt mit Haftungsfragen bei künstlicher Intelligenz. Im dritten Quartal 2022 will die Kommission einen entsprechenden Richtlinienvorschlag vorlegen.

[Zur Konsultation](#)

### **EuGH: Blinde Schöffin darf nicht vollständig von der Teilnahme an Strafsachen ausgeschlossen werden**

Am 21.10.2021 entschied der EuGH in der Rechtssache C-824/19, dass eine blinde Schöffin nicht von jeder Möglichkeit ausgeschlossen werden darf, die Aufgaben einer Schöffin in einem Strafverfahren auszuüben. Im zugrunde liegenden Sachverhalt wurde eine blinde Frau in Bulgarien als Schöffin zugelassen. Das ihr zugewiesene Gericht zog sie jedoch zu keinem Strafprozess hinzu. In Bulgarien stellt die Tätigkeit einer Schöffin eine entgeltliche berufliche Tätigkeit dar. Sie macht geltend, wegen ihrer Behinderung benachteiligt worden zu sein. Im Wege der Vorabentscheidung urteilte der EuGH, dass Art. 2, 4 Abs. 1, Art. 5 Gleichbehandlungs-Richtlinie 2000/78, ausgelegt im Licht von Art. 21 und 26 der Grundrechtecharta sowie der UN-Behindertenrechtskonvention, dem entgegensteht, dass eine an Blindheit leidende Person von jeder Möglichkeit ausgeschlossen wird, die Aufgaben eines Schöffen in einem Strafverfahren auszuüben. Dabei berücksichtigte der EuGH insbesondere auch den Umstand, dass die Schöffin nach Einführung der elektronischen Zuweisung von Schöffen an einer Reihe von mündlichen Verhandlungen im Strafverfahren als Schöffin teilgenommen hatte. Dieser Umstand, so der EuGH, könne darauf hindeuten, dass sie trotz der Blindheit in der Lage sei, die Aufgaben einer Schöffin wahrzunehmen.

[Urteil des EuGH](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS

---

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMUK

Am 19.10.2021 hat die Kommission unter dem Titel „**Gemeinsam für ein stärkeres Europa**“ ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2022 vorgestellt. Es enthält wie im vergangenen Jahr neue Gesetzgebungsinitiativen zu allen sechs übergreifenden Zielen der politischen Leitlinien von Kommissionspräsidentin **von der Leyen** aus ihrer ersten Rede zur Lage der Union. Für den Bildungsbereich wurden dabei folgende konkrete neue Initiativen terminiert:

#### **Nr. 10 Digitale Bildung und Kompetenzen**

- a) Empfehlung für eine bessere Vermittlung digitaler Kompetenzen in der allgemeinen und beruflichen Bildung (nicht legislativ, 3. Quartal 2022)
- b) Empfehlung des Rates zu den Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche digitale Bildung (nicht legislativ, 3. Quartal 2022)

#### **Nr. 28 Bildungspaket**

- a) Europäische Hochschulstrategie (nicht legislativ, 1. Quartal 2022)
- b) Empfehlung des Rates zur Erleichterung einer wirksamen europäischen Hochschulzusammenarbeit (nicht legislativ, 1. Quartal 2022)

Die Liste des Arbeitsprogramms ist dabei nicht vollständig und gibt nur ausgewählte Schwerpunkte der Arbeit der Kommission für 2022 wieder. So hat die Kommission für 2022 bereits weitere Initiativen, etwa eine Ratsempfehlung zur Bildung für ökologische Nachhaltigkeit, angekündigt.

[Arbeitsprogramm der Kommission 2022](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND KUNST

### Europäisches Institut für Innovation und Technologie startet Innovationspartnerschaft im Bereich des Kultur- und Kreativsektors

Am 26.10.2021 hat das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) die Ausschreibung für eine weitere Knowledge and Innovation Community (KIC) gestartet, die die Innovationsfähigkeit des Kultur- und Kreativsektors stärken soll. KICs sind themenbasierte Innovationspartnerschaften, die in der Regel aus Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen bestehen und die mit Unterstützung des EIT gemeinsam innovative Projekte in dem jeweiligen Bereich voranbringen. Sie sind auf eine Laufzeit von bis zu 15 Jahren angelegt. Es gibt bereits acht solcher KICs, u. a. zu den Themen Klimawandel, Digitalisierung usw.

Mit der jetzt auf den Weg gebrachten neunten KIC will die EU ein europäisches Innovationsökosystem auf der Basis von Kultur und Kreativität schaffen. Sie will damit auch zur Erholung der Kultur- und Kreativbranche nach den verheerenden Auswirkungen der Corona-Pandemie beitragen. Es geht dabei um die Stärkung des innovativen und wirtschaftlichen Potentials in den Bereichen Architektur, Kulturerbe, Design, Mode, Film, Musik, Verlagswesen, darstellende Kunst und Videospiele.

Die heute veröffentlichte Ausschreibung richtet sich an alle direkt oder indirekt in den einschlägigen Bereichen tätigen Partner – insbesondere Unternehmen, Hochschulen, Forschungseinrichtungen, NGOs, Städte und Regionen – und fordert diese auf, Visionen und Projekte zur Förderung von Innovation und nachhaltiger Entwicklung in der Kultur- und Kreativbranche vorzulegen.

Die Ausschreibungsfrist endet am 24.03.2022. Die KIC soll voraussichtlich im Sommer 2022 starten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Pressemitteilung des EIT](#) (in englischer Sprache)

[Ausschreibungsseite](#) (in englischer Sprache)

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMWK

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2022 angenommen (siehe Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Es enthält neue Initiativen zu den sechs politischen Prioritäten der Kommission.

Im Bereich der Bildungspolitik sieht das Programm für das 1. Quartal 2022 u. a. die Vorlage einer Hochschulstrategie sowie Vorschläge für die Erleichterung einer wirksamen europäischen Hochschulzusammenarbeit vor – mit dem Ziel, die globale Führungsrolle der europäischen Hochschulen zu bewahren.



Unter der Priorität „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ werden für das 3. Quartal 2022 Maßnahmen angekündigt, in deren Rahmen digitale Kompetenzen in Schulen und Hochschulen gefördert und entwickelt werden sollen.

[Mitteilung zum Arbeitsprogramm 2022](#)

[Anhänge zur Mitteilung mit Auflistung neuer Initiativen und REFIT-Initiativen](#)

### **Europäisches Institut für Innovation und Technologie unterstützt Neues Europäisches Bauhaus**

Am 18.10.2021 ist der erste Aufruf zum Förderprogramm „EIT Community Booster – Scaling New European Bauhaus Ventures“ gestartet. Diese Initiative des Europäischen Instituts für Innovation und Technologie (EIT) unterstützt das Neue Europäische Bauhaus bei den Themen Nachhaltigkeit, Ästhetik und Inklusion, indem sie 20 Unternehmen, die Lösungsansätze für die Herausforderungen in diesen Bereichen bieten, mit bis zu je 50.000 € fördert.

Diese erste Förderrunde mit Stichtag zum 17.12.2021 ist Teil eines umfangreicheren Programms des EIT mit einem Volumen von 5 Mio. € für die Jahre 2021 und 2022. Unterstützt werden dabei Projekte, die im Zusammenhang mit dem Neuen Europäischen Bauhaus stehen. Die Initiative baut dabei auf einer erfolgreichen Testphase auf, in der Anfang dieses Jahres bereits 13 Start-ups und Scale-ups 650.000 € erhalten haben.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Europäisches Parlament fordert in Entschließung Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Künstlerinnen und Künstlern**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 20.20.2021 die Entschließung „Die Situation von Künstlern und die kulturelle Erholung in der EU“ mit 543 gegen 50 Stimmen bei 107 Enthaltungen angenommen.

Darin wird die schwierige, durch die Covid-Pandemie noch erheblich verschärfte Situation von Künstlern und Kreativschaffenden in allen möglichen Bereichen beschrieben und die Kommission sowie die Mitgliedstaaten aufgefordert, verschiedenste Maßnahmen zur Verbesserung zu ergreifen.

Hierzu gehört u. a. der Vorschlag eines europäischen Status für Künstler sowie einer gemeinsamen Definition von „Künstler“ und „Kulturschaffende“, mit dessen Hilfe ein gemeinsamer Rahmen von Mindestvorgaben bei Arbeitsbedingungen und sozialen Sicherungssystemen geschaffen werden könnte. Die Mitgliedstaaten werden außerdem aufgefordert, Künstlern und Kreativschaffenden uneingeschränkten Zugang zu den Sozialschutzsystemen zu gewährleisten und Mindestvorgaben in Bezug auf ihre Einkünfte festzulegen.

Weitere Forderungen beziehen sich auf eine Verbesserung der internationalen Mobilität von Künstlern, u. a. durch eine bessere Übertragbarkeit und Anerkennung von Abschlüssen und Qualifikationen und den Abbau sonstiger Hindernisse für den grenzüberschreitenden Austausch. Eine wichtige Forderung ist außerdem, den



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 17/2021 vom 28.10.2021



Kultur- und Kreativsektor noch besser finanziell zu unterstützen, etwa indem 2 % der Aufbau- und Resilienzfazilität für den Sektor vorgesehen werden sollten.

[Pressemitteilung des EP](#)

[Entschließung im Volltext](#)



## STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN UND FÜR HEIMAT

### **Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMFH**

Am 19.10.2021 präsentierte die Kommission ihr Arbeitsprogramm 2022 (siehe hierzu auch den Beitrag unter „Politische Schwerpunkte“). Für den Bereich des StMFH sind besonders folgende Pläne relevant: Die Kommission unterstützt die am 08.10.2021 erzielte historische Einigung über eine globale Steuerreform, die eine weltweite effektive Mindestbesteuerung (Säule 2) sowie eine Neuzuweisung von Besteuerungsrechten (Säule 1) vorsieht. Sie möchte sich gleichermaßen dafür einsetzen, eine rasche und einheitliche Umsetzung in der gesamten EU sicherzustellen und auf diese Weise die Führungsrolle der EU in Sachen weltweite Steuergerechtigkeit zu unterstreichen. Im Bereich der Mehrwertsteuer ist die Überarbeitung der Mehrwertsteuervorschriften geplant, um die derzeitigen Rechtsnormen an die Geschäftstätigkeit im digitalen Zeitalter anzupassen. Ferner belebt die Kommission die öffentliche Debatte über Fiskalregeln und den Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung neu, um herauszufinden, wie sich die Krise auf die Wirtschaft ausgewirkt hat. Sie plant im 1. Quartal 2022 Leitlinien für die Fiskalpolitik in der nahen Zukunft vorzulegen, um die Koordinierung der fiskalpolitischen Maßnahmen und die Ausarbeitung der Stabilitäts- und Konvergenzprogramme der Mitgliedstaaten zu erleichtern.

[Mitteilung der Kommission zum Arbeitsprogramm 2022 vom 19.10.2021](#)

[Webseite der Kommission mit sämtlichen Anhängen und Dokumenten zum Arbeitsprogramm 2022](#)

### **Kommission stößt Reformdebatte über die Überprüfung des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der EU an**

Am 19.10.2021 legte die Kommission unter dem Titel „Die EU-Wirtschaft nach COVID-19: Auswirkungen auf die Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung“ eine neue Mitteilung zur Haushaltspolitik vor, in der sie die öffentliche Debatte über die Überprüfung des wirtschaftspolitischen Steuerungsrahmens der EU neu anstößt und dabei auch eine Bestandsaufnahme der veränderten Umstände nach der COVID-19-Krise vornimmt. Bei der öffentlichen Debatte sollte u. a. diskutiert werden, wie tragfähige öffentliche Finanzen gewährleistet, makroökonomische Ungleichgewichte verhindert und korrigiert, bestehende Vorschriften vereinfacht und deren Transparenz sowie die Eigenverantwortung und Durchsetzung verbessert werden können. Die Kommission fordert die Interessenträger auf, sich bis zum 31.12.2021 an der Debatte zu beteiligen.

Im vergangenen Jahr hatte die Kommission die Defizitregeln aufgrund der Pandemie ausgesetzt. Diese sollen erst 2023 wieder aufgenommen werden, allerdings in der veränderten Form.

[Fragen und Antworten: Kommission nimmt Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung der EU wieder auf](#)

[Mitteilung der Kommission: Die EU-Wirtschaft nach COVID-19: Auswirkungen auf die Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung](#) (in englischer Sprache)



## EU-Haushalt 2022

Am 20.10.2021 stimmte das Europäische Parlament (EP) über seinen [Standpunkt zum EU-Haushalt 2022](#) ab. Der Haushalt solle die Erholung von der COVID-19-Krise unterstützen, Investitionen ankurbeln, die Arbeitslosigkeit bekämpfen und die Grundlagen für eine widerstandsfähigere und nachhaltigere EU schaffen, so die Abgeordneten.

Mit seiner Abstimmung hat das EP den Gesamtumfang der Mittel für Verpflichtungen für 2022 auf 171,8 Mrd. € festgelegt, was einer Erhöhung um 2,7 Mrd. € (plus 1,3 Mrd. € für die Brexit-Anpassungsreserve, was die Einigung über die entsprechende Verordnung widerspiegelt) gegenüber dem von der Kommission vorgeschlagenen Haushaltsentwurf entspricht. Die Gesamthöhe der Mittel für Zahlungen wurde auf 172,5 Mrd. € festgelegt. Die Abgeordneten haben daher die meisten der vom Rat vorgenommenen Kürzungen (insgesamt 1,43 Mrd. €) rückgängig gemacht und damit den Haushaltsentwurf in diesen Bereichen wieder auf das [von der Kommission ursprünglich vorgeschlagene Niveau](#) gebracht.

[Pressemitteilung des EP zum EU-Haushalt 2022 vom 21.10.2021](#)

[Entschließung des EP vom 21.10.2021 zu dem Standpunkt des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der EU für das Haushaltsjahr 2022](#)

[Pressemitteilung des Rates zum EU-Haushalt 2022 vom 14.07.2021](#)

[Webseite der Kommission zum Haushaltsverfahren 2022](#)

## Rat für Wirtschaft und Finanzen: Verabschiedung der Durchführungsbeschlüsse zu den Aufbau- und Resilienzplänen

Am **28.10.2021** findet die informelle Videokonferenz des [Rates für Wirtschaft und Finanzen](#) (ECOFIN) statt. Der Zweck dieser virtuellen Sitzung besteht darin, die **Verabschiedung der Durchführungsbeschlüsse zur Aufbau- und Resilienzfähigkeit voranzutreiben**.

Deutschland wird durch BMF *Jörg Kukies* vertreten, für die Kommission nehmen Wirtschaftskommissar *Paolo Gentiloni* und Kommissarin für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion *Mairead McGuinness* teil.

Die Wirtschafts- und Finanzminister werden die Aufbau- und Resilienzpläne von drei Mitgliedstaaten (Finnland, Estland und Rumänien) behandeln und entsprechende Durchführungsbeschlüsse im Rahmen eines schriftlichen Verfahrens verabschieden.



## STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, LANDESENTWICKLUNG UND ENERGIE

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMWi

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihr Arbeitsprogramm 2022 vorgelegt (siehe auch Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). Für den Geschäftsbereich des StMWi sind u. a. folgende Aspekte von Bedeutung: Die Kommission plant die Vorlage weiterer Legislativvorschläge zur Umsetzung des Europäischen Green Deals. Hierfür sollen u. a. Vorschriften im Bereich Kunststoff, zur Überprüfung der Luftqualitätsregelungen sowie zur Überarbeitung der Richtlinie über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen vorgelegt werden. Auch die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für schwere Nutzfahrzeuge sollen überarbeitet werden.

Zudem möchte die Kommission ein europäisches Chips-Gesetz zur Förderung der Halbleiterproduktion und ein Notfallinstrument für den Binnenmarkt als Reaktionsmöglichkeit in Krisensituationen vorschlagen. Auch im Bereich Weltraumverkehrsmanagement plant die Kommission die Vorlage legislativer und nichtlegislativer Vorschläge. Der Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) zu Kapital soll ebenfalls durch einen Legislativvorschlag unterstützt werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

## WIRTSCHAFT MIT BINNENMARKT UND INDUSTRIE

### Basel-III-Finalisierung: Kommission legt Vorschläge zur Überarbeitung der Eigenkapitalvorschriften vor

Die Kommission hat am 27.10.2021 Vorschläge zur Überarbeitung der Eigenkapitalrichtlinie (CRD) und der Eigenkapitalverordnung (CRR) vorgelegt, die die Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen regeln. Das Paket dient der Umsetzung der im Dezember 2017 im Basler Ausschuss für Bankenaufsicht vereinbarten nationalen Regulierungsstandards (sog. Basel-III-Finalisierung). Die EU und ihre G20-Partner haben sich auf die Vereinbarung geeinigt, um die Banken widerstandsfähiger gegenüber wirtschaftlichen Schocks zu machen. Die Vorlage der Vorschläge hatte sich aufgrund der COVID-19-Pandemie verzögert und bildet nun den letzten Schritt dieser Reform der Bankenvorschriften. Neben den Vorschlägen zur CRD und CRR beinhaltet das Paket auch einen Vorschlag zur Änderung der Eigenkapitalverordnung im Bereich der Abwicklung (den sog. „Daisy Chain“ – oder „Kettenstruktur“-Vorschlag).

Insgesamt zielen die Vorschläge auf die drei Komponenten Umsetzung von Basel III, Nachhaltigkeit sowie stärkere Aufsicht ab.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zu den einzelnen Legislativvorschlägen](#) (in englischer Sprache)



### **Überarbeitung der Roaming-Verordnung: Europäisches Parlament legt seinen Standpunkt fest**

Die Abgeordneten des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie (ITRE) des Europäischen Parlaments (EP) haben am 14.10.2021 den Standpunkt des EP zur Überarbeitung der Roaming-Verordnung sowie das Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit Rat und Kommission angenommen. Die Kommission hatte ihren Legislativvorschlag im Februar 2021 vorgelegt (EB 04/21) und die Positionierung des Rates ist bereits am 16.06.2021 erfolgt (EB 11/21). Sobald das EP-Plenum den Standpunkt und das Verhandlungsmandat bestätigt hat, können die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, EP und Kommission beginnen.

Mit der überarbeiteten Roaming-Verordnung sollen u. a. die maximalen Vorleistungsentgelte angepasst werden, um sicherzustellen, dass die Bereitstellung von Endkunden-Roamingdiensten zu Inlandspreisen für die Betreiber in der gesamten EU eine tragfähige Lösung ist. Es sollen auch neue Maßnahmen eingeführt werden, um bei Mehrwertdiensten die Transparenz zu erhöhen, und es soll für eine gute Kundenerfahrung bei der Dienstqualität und dem Zugang zu Notdiensten gesorgt werden.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

### **Notleidende Kredite: Europäisches Parlament nimmt politische Einigung zur Sekundärmarkttrichtlinie formal an**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 19.10.2021 im Rahmen ihrer Plenarsitzung die politische Einigung über die Richtlinie über Kreditdienstleister, Kreditkäufer und die Verwertung von Sicherheiten (EB 11/21) final angenommen. Die neuen Regelungen zielen darauf ab, die Sekundärmärkte für notleidende Kredite (Non-Performing Loans, NPL) transparenter zu machen und einen echten Binnenmarkt für Kreditkäufer und Kreditdienstleister zu schaffen. Durch die Richtlinie werden zudem die Verbraucherkreditrichtlinie und die Hypothekarkreditrichtlinie geändert, um sicherzustellen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Übertragung des Kredits ordnungsgemäß informiert werden. Sobald der Rat der Einigung ebenfalls formal zugestimmt hat, werden die Vorschriften im EU-Amtsblatt veröffentlicht.

[Angenommener Text](#)

### **Finanzstabilität: Kommission benennt Ersatzsätze für EONIA und CHF LIBOR**

Die Kommission hat die Ersatzsätze für den Swiss Franc London Interbank Offered Rate (CHF LIBOR) und den Euro Overnight Index Average (EONIA) benannt. Die zwei Referenzsätze bilden die Grundlage für eine Reihe von Finanzverträgen und werden Ende dieses Jahres nicht mehr veröffentlicht. Damit Verträge, die sich auf den CHF LIBOR und den EONIA beziehen, ohne ein Eingreifen der Vertragsparteien weiterlaufen können, werden ab dem 01.01.2022 alle Verweise auf die beiden Referenzsätze automatisch durch Verweise auf neue risikofreie Sätze ersetzt.

[Daily News der Kommission](#) (in englischer Sprache)





### **Kohäsionspolitik: EuRH veröffentlicht Sonderbericht zur leistungsbezogenen Finanzierung**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 21.10.2021 einen Sonderbericht zur leistungsbezogenen Finanzierung der Kohäsionspolitik veröffentlicht. Demnach müsse noch viel getan werden, damit Gelder in die leistungsstärksten Maßnahmen und Projekte fließen. Die Kommission hatte im Zeitraum 2014-2020 drei Instrumente zur Schaffung von Leistungsanreizen zur Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenarbeit im Rahmen ihrer Dachverordnung eingeführt. Der Bericht enthält eine Reihe von Empfehlungen für künftige Verbesserungen, insbesondere sollen grundlegende Voraussetzungen im Programmplanungszeitraum 2021-2027 voll ausgeschöpft werden. Zudem soll die Kommission frühzeitig die Voraussetzungen für eine wirksame Halbzeitprüfung für den Zeitraum 2021-2027 schaffen.

[Pressemitteilung des EuRH](#)

[Sonderbericht des EuRH](#) (in englischer Sprache)

## **TECHNOLOGIE UND INNOVATION**

### **Europäischer Innovationsrat: Fünf Unternehmen aus Bayern für eine Förderung ausgewählt**

Der Europäische Innovationsrat (EIC) hat 65 innovative Start-ups und kleine und mittlere Unternehmen (KMU) ausgewählt, die 363 Mio. € für bahnbrechende Innovationen erhalten sollen. Darunter sind auch fünf Unternehmen aus Bayern in den Bereichen Gesundheit (ITHERA MEDICAL GmbH, RadonTec GmbH), Künstliche Intelligenz (KI) (Orbem GmbH, Smartlane GmbH) und Leistungselektronik (STABL Energy GmbH).

Der EIC ist Teil des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa und im März 2021 gestartet (EB 06/21). Über den sogenannten EIC-Accelerator können Start-ups und KMU Finanzhilfen von bis zu 2,5 Mio. € erhalten, die mit Beteiligungsinvestitionen aus dem EIC-Fonds in der Größenordnung von 0,5 bis 15 Mio. € kombiniert werden. Von den bayerischen Unternehmen haben STABL Energy, ITHERA MEDICAL und RadonTec Beteiligungsfinanzierungen nachgefragt; Orbem und Smartlane werden „nur“ mit Finanzhilfen finanziell unterstützt. Zusätzlich zur finanziellen Unterstützung wird für alle Projekte eine Palette von Dienstleistungen zur Innovationsförderung angeboten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Innovationsrat: Aufforderungsrunde zur Einreichung von Vorschlägen zur Förderung des grünen Wandels gestartet**

Die Kommission hat am 26.10.2021 die zweite Aufforderungsrunde zur Einreichung von Vorschlägen für Großprojekte im Rahmen des Innovationsfonds zur Finanzierung sauberer Technologien veröffentlicht. Durch den Innovationsfonds werden Finanzmittel für Projekte innovativer Technologien zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen zur Verfügung gestellt. Das zunächst aus zwei Stufen bestehende Antragsverfahren (EB 06/21) wird nun auf ein einstufiges Verfahren reduziert, um so die Zeitspanne zwischen Antragsstellung und Gewährung der Finanzhilfe zu reduzieren. Die Projekte werden nach ihrem Potenzial zur Vermeidung von



Treibhausgasemissionen, ihrem Innovationspotenzial, ihrer finanziellen und technischen Reife sowie ihrem Expansionspotenzial und ihrer Kosteneffizienz bewertet. Bis zum 03.03.2022 können Projektvorschläge aus allen EU-Mitgliedstaaten, Island und Norwegen eingereicht werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Europäisches Institut für Innovation und Technologie (EIT) unterstützt Neues Europäisches Bauhaus**

Das Europäische Innovations- und Technologieinstitut (EIT) hat am 18.10.2021 den „EIT Community Booster“ gestartet (siehe auch Beitrag des StMWK in diesem EB). Im Zuge dieses ersten Aufrufs werden zwanzig innovative Unternehmen mit bis zu 50.000 € gefördert, um Lösungen zu beschleunigen, die die drei Aspekte Nachhaltigkeit, Ästhetik sowie Inklusion integrieren. Start-ups und Scale-ups können sich bis zum 17.12.2021 mit Projekten bewerben. Der Aufruf ist Teil eines größeren Budgets von 5 Mio. €, mit dem die EIT-Gemeinschaft in den Jahren 2021 und 2022 Aktivitäten im Rahmen des neuen Europäischen Bauhauses unterstützt.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Weltraumverkehrsmanagement: Kommission veröffentlicht Aufforderung zur Stellungnahme für EU-Strategie für eine nachhaltige Nutzung des Weltraums**

Die Kommission hat am 22.10.2021 eine Aufforderung zur Stellungnahme zur Entwicklung einer EU-Strategie für eine nachhaltige Nutzung des Weltraums veröffentlicht. Da die Zahl der Satelliten im Weltraum stark gestiegen ist, insbesondere weil wiederverwendbare Trägerraketen und kleine Satelliten entwickelt wurden und dank privater Investitionen die Kosten gesunken sind, werden Zusammenstöße immer wahrscheinlicher. Mit dieser Initiative soll eine Strategie entwickelt werden, mit der eine sichere und nachhaltige Nutzung des Weltraums gewährleistet und zugleich die Wettbewerbsfähigkeit der Weltraumindustrie in der EU erhalten wird. Die Annahme der Mitteilung durch die Kommission ist für das 1. Quartal 2022 geplant. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 19.11.2021.

[Zur Initiative](#)

## **AUßENWIRTSCHAFT**

### **EU-USA-Handels- und Technologierat: Konsultationsplattform für Gestaltung der transatlantischen Zusammenarbeit gestartet**

Die Kommission hat am 18.10.2021 im Nachgang zum ersten Treffen des Handels- und Technologierates (TTC) zwischen den USA und der EU am 29.09.2021 in Pittsburgh (EB 15/21) auf ihrer Online-Plattform „Futurium“ eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, auf der alle interessierten Parteien ihre Ansichten einbringen und wichtige Informationen und Aktualisierungen über die Fortschritte der verschiedenen Arbeitsgruppen erhalten



können. Der TTC wurde auf dem Gipfeltreffen zwischen der EU und den USA am 15.06.2021 ins Leben gerufen und soll als Forum für die Zusammenarbeit bei Handels- und Investitionsfragen dienen.

[TTC Futurium-Plattform](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

### **Kommission leitet öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Handelsabkommen mit Georgien und der Republik Moldau ein**

Die Kommission hat am 18.10.2021 eine öffentliche Konsultation zur Evaluierung des Handelsabkommens mit Georgien und der Republik Moldau eingeleitet. Diese schließt sich an den im Februar 2020 vorgelegten Fahrplan der Kommission an (EB 03/20). Im Rahmen des Assoziierungsabkommens der EU mit den beiden Ländern wurde eine „vertiefte und umfassende Freihandelszone“ vereinbart, welche seit 2016 in Kraft ist. Diese Freihandelsabkommen decken die Beseitigung von Zöllen auf Waren und den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse ab. Die beiden Länder verpflichten sich zudem, ihre nationale Gesetzgebung an die EU anzugleichen. Durch die Evaluierung sollen Kosten und Nutzen, Auswirkungen auf Handel, Wirtschaft, Gesellschaft, Menschenrechte und Umwelt bewertet werden, um eine Grundlage für zukünftige Diskussionen mit den beiden Ländern oder Drittstaaten zu bilden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 10.01.2022.

[Zur Initiative](#)

[Zur Konsultation](#)

## **ENERGIE**

### **Europäischer Rat: Schlussfolgerungen zu gestiegenen Energiepreisen**

Der Europäische Rat hat am 21.10.2021 u. a. Schlussfolgerungen zu den gestiegenen Energiepreisen angenommen (siehe hierzu auch Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB). In seinen Schlussfolgerungen erkennt der Rat in der von der Kommission am 13.10.2021 vorgelegten Mitteilung zur Eindämmung des Energiepreisanstiegs (EB 16/21) sowohl kurz- als auch langfristig zielführende Maßnahmen und fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, das vorgeschlagene Instrumentarium bestmöglich zu nutzen.

Weiterhin ersucht der Rat die Kommission die Funktionsweise der Gas- und Elektrizitätsmärkte sowie des EU-EHS-Markts zu untersuchen und mit ihm gemeinsam mittel- und langfristige Maßnahmen ins Auge zu fassen, die bezahlbare Energiepreise, die Resilienz des Energiesystems und des Energiebinnenmarkts, die Versorgungssicherheit und den Übergang zur Klimaneutralität unterstützen. Die Europäische Investitionsbank soll zudem prüfen, „wie im Rahmen des vorhandenen Kapitalspielraums Investitionen in die Energiewende beschleunigt werden können“.



Die Diskussionen wurden auf der außerordentlichen Tagung des Energierates am 26.10.2021 (siehe hierzu weiteren Beitrag in diesem EB) fortgeführt und sollen auch Gegenstand des Europäischen Rates im Dezember sein.

#### [Schlussfolgerungen des Rates](#)

#### **Energierat: Außerordentliche Tagung zum Anstieg der Energiepreise**

Die Energieministerinnen und -minister haben am 26.10.2021 in Anknüpfung an die Beratungen des Europäischen Rates vom 21.10.2021 (siehe hierzu den Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB) einen Gedankenaustausch über den Anstieg der Energiepreise geführt und mögliche Abhilfemaßnahmen auf nationaler und EU-Ebene erörtert. Die Ministerrunde war sich einig, dass kurzfristig dringend nationale Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die schutzbedürftigsten Verbraucherinnen und Verbraucher zu unterstützen. Das vorgeschlagene Instrumentarium der Kommission biete hierbei einen nützlichen europäischen Rahmen für die Koordinierung. In Bezug auf mögliche mittel- und längerfristige Maßnahmen wurden u. a. die Reform des Stromgroßhandelsmarkts, freiwillige Regelungen für den gemeinsamen Gaseinkauf und Lösungen für die Speicherung auf EU-Ebene diskutiert.

Während den von der Kommission angekündigten Analysen und Bewertungen als Input für weitere Beratungen und Maßnahmen erwartungsvoll entgegengesehen wurde, forderten mehrere Minister die Kommission auf, zu klären, welche Rolle Erdgas und Kernenergie in der Taxonomie-Verordnung, die Regeln über die Nachhaltigkeit von Wirtschaftstätigkeiten festlegt, spielen sollen.

#### [Ergebnisse der Ratstagung](#)

#### **Europäisches Parlament nimmt EntschlieÙung zu Leitlinien für staatliche Klima-, Energie und Umweltbeihilfen an**

Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments (EP) haben am 21.10.2021 im Rahmen ihrer Plenarsitzung eine EntschlieÙung zu den Leitlinien für staatliche Klima-, Energie und Umweltbeihilfen (KUEBLL) angenommen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem EB). Sie begrüÙten den Vorschlag der Kommission vom 07.06.2021 (EB 11/21), betonten aber insbesondere, dass bei den Vorschriften ein gewisses Maß an Flexibilität beibehalten werden müsse, um den Herausforderungen des technischen Wandels gerecht zu werden. Die derzeitigen Leitlinien für staatliche Umweltschutz- und Energiebeihilfen (UEBLL) laufen am 31.12.2021 aus, daher sollen die neuen Leitlinien bis Ende 2021 angenommen werden.

#### [Angenommener Text](#)



### **Bericht der Kommission zum Stand der Energieunion 2021**

Die Kommission hat am 26.10.2021 ihren Bericht über den Stand der Energieunion für 2021 angenommen. Demnach sollen erneuerbare Energien im Jahr 2020 erstmals die fossilen Brennstoffe als wichtigste Energiequelle in der EU überholt haben und 38 % des Stroms erzeugen, gegenüber 37 % für fossile Brennstoffe. Die Treibhausgasemissionen seien im Jahr 2020 um fast 10 % gesunken, der Primärenergieverbrauch um 1,9 % und der Endenergieverbrauch um 0,6 %. Es seien aber noch weitere Anstrengungen erforderlich, um die Klimaziele der EU zu erreichen. Dies gelte umso mehr, als dass die positiven Entwicklungen bei den Treibhausgasemissionen und der Energienachfrage zum Teil auch auf die COVID-19-Pandemie zurückzuführen seien. Um langfristige Trends nach der Pandemie zu ermitteln, müssten die Daten im nächsten Jahr sorgfältig analysiert werden.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Bericht zur Lage der Energieunion 2021](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission leitet Konsultation zu delegierter Verordnung für grenzüberschreitende Projekte im Bereich erneuerbare Energien ein**

Die Kommission hat am 21.10.2021 eine öffentliche Konsultation zu einem Entwurf für eine delegierte Verordnung für grenzüberschreitende Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien eingeleitet. In der delegierten Verordnung sollen spezifische Auswahlkriterien und Einzelheiten des Verfahrens zur Auswahl von grenzüberschreitenden Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien im Rahmen der Verordnung zur Schaffung der Fazilität „Connecting Europe“ (CEF) festgelegt werden. Gelegenheit zur Stellungnahme besteht bis 18.11.2021.

[Zur Initiative](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMUV

Die Kommission hat am 19.10.2021 ihr Arbeitsprogramm 2022 mit dem Titel „Europa gemeinsam stärker machen“ veröffentlicht. Darin werden die nächsten Schritte der Transformationsagenda hin zu einem grüneren, gerechteren und resilienteren Europa nach Überwindung der COVID-19-Krise dargelegt. Wesentliche Inhalte in Bezug auf umwelt- und verbraucherpolitische Sicht sind insbesondere folgende Initiativen:

- Initiative für das Recht auf Reparatur zur Förderung von Reparatur statt Austausch im Rahmen der Überarbeitung der Richtlinie über den Verbrauchsgüterkauf
- Initiative zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Gefährdung durch Asbest am Arbeitsplatz
- Null-Schadstoff-Paket (Überarbeitung der Verordnung über die Einstufung und Verpackung von Stoffen und Gemischen, Überarbeitung der Listen von Oberflächen- und Grundwasserschadstoffen, Überarbeitung der Richtlinie über EU-Luftqualitätsvorschriften)
- Paket zu Klimaschutzmaßnahmen (Novellierung der EU-Vorschriften über fluorierte Treibhausgase, EU-Rahmen für die harmonisierte Messung der im Bereich Verkehr und Logistik entstehenden Treibhausgasemissionen; Überprüfung der CO<sub>2</sub>-Emissionsnormen für schwere Nutzfahrzeuge)
- Kunststoffpaket (Rahmen für biobasierte, biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe, Beschränkungen und Verringerung der Freisetzung von Mikroplastik in die Umwelt)
- Biologische Vielfalt (Novellierung des Rechtsrahmens für einen nachhaltigen Einsatz von Pestiziden)

Novellierungen von bestehenden Rechtsvorschriften sind insbesondere in Bezug auf die Überarbeitung der Richtlinie über Pauschalreisen, der Richtlinie über die Behandlung von kommunalem Abwasser und die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten geplant. Prioritär weiterverfolgt werden sollen aus dem Umweltbereich insbesondere die Legislativvorschläge des „Fit für 55“-Pakets (insbesondere Überarbeitung Emissionshandel, Lastenteilungsverordnung, Klima-Sozialfonds, CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus etc.) (siehe hierzu auch Beitrag unter „politische Schwerpunkte“ in diesem EB).

[Arbeitsprogramm 2022](#)

[Anhänge zum Arbeitsprogramm 2022](#)



## UMWELT

### **Kommission leitet Konsultation zur Aktualisierung der Überprüfung biozider Wirkstoffe ein**

Am 26.10.21 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Delegierten Verordnung zur Aktualisierung der laufenden Überprüfung im Hinblick auf biozide Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen eingeleitet. Im Rahmen des bis Ende 2024 laufenden Arbeitsprogramms der EU werden in der Union verwendete biozide Wirkstoffe bewertet, um festzustellen, ob sie ein Risiko für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen. Mit dieser Initiative wird das Programm aktualisiert, um bestimmte Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen, deren Genehmigung oder Aufnahme nicht länger betrieben wird, sowie von der Kommission genehmigte oder nicht genehmigte Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen zu streichen. Im Anschluss wird die Liste der Kombinationen (Anhang II der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2014 der Kommission) auf den neuesten Stand gebracht.

Bis 23.11.21 besteht dazu die Möglichkeit zur Rückmeldung.

[Konsultation](#)

### **Europäisches Parlament nimmt Entschließung zur EU-Strategie zur Verringerung von Methanemissionen an**

Am 21.10.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 563 zu 122 Stimmen bei 11 Enthaltungen eine Entschließung zur EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen angenommen. Darin fordern die Abgeordneten insbesondere verbindliche Ziele zur Verringerung der Methanemissionen, um die EU-Klimaziele zu erreichen und die Luftqualität zu verbessern. Die Abgeordneten fordern dazu ein neues, sektorübergreifendes Gesetz mit verbindlichen Maßnahmen und Methanreduktionszielen, um die Methanemissionen in der EU bis 2030 im Einklang mit dem Pariser Abkommen deutlich zu reduzieren, sowie ein verbindliches globales Abkommen über Methan auf der COP26 in Glasgow. Des Weiteren sollen Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung für alle Methan emittierenden Sektoren sowie Programme zur Erkennung und Reparatur von Leckagen obligatorisch sein. Die Klärschlamm-Richtlinie und die Richtlinie über die Aufbereitung von städtischem Abwasser sollen im Jahr 2022 überarbeitet werden. Das EP fordert weiter die Festlegung von verbindlichen EU-Zielen für Gewerbe- und Industrieabfälle und Erarbeitung von Zielen zur Begrenzung der Erzeugung von Restmüll bei der Überarbeitung der Abfallrichtlinie und der Deponierichtlinie. Die Kommission solle Regulierungsinstrumente für Einfuhren fossiler Energieträger untersuchen sowie die Bemühungen zur Erkennung von Leckagen durch strenge Aufzeichnungen und die Verpflichtung, potenzielle Leckagen innerhalb eines klar definierten Zeitraums zu reparieren, verstärken.

[Entschließung](#)





### Europäisches Parlament nimmt Entschließung zur Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2021 an

Am 21.10.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 527 Stimmen zu 134 Stimmen bei 35 Enthaltungen eine Entschließung zur Klimakonferenz der Vereinten Nationen 2021 angenommen. Die UN-Klimakonferenz (COP26) findet vom 31.10. bis 12.11.2021 in Glasgow statt. Die Abgeordneten fordern eine Beschleunigung der weltweiten Klimaschutzmaßnahmen. Insbesondere sollten alle G20-Länder bis 2050 klimaneutral sein und somit eine globale Führungsrolle übernehmen. Das EP fordert die Kommission zudem auf, einen internationalen Klimaclub mit anderen großen Treibhausgasemittenten zu gründen, um gemeinsame Standards zu setzen und zu einem gemeinsamen Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) zu gelangen. Die Industrieländer sollten den Entwicklungsländern mindestens 100 Mrd. \$ pro Jahr für Klimaschutzmaßnahmen zur Verfügung stellen. Dieser Betrag solle ab 2025 erhöht werden. Zudem solle ein Fahrplan vereinbart werden, der den angemessenen Beitrag jedes Industrielandes zu diesem Finanzierungsplan festlegt. Die Abgeordneten betonen, dass die EU im Kampf gegen den Klimawandel weltweit führend bleiben muss und dass sie sich dafür einsetzen werden, dass das EU-Klimapakett „Fit für 55 in 2030“ in vollem Einklang mit dem Pariser Abkommen steht. Die Abgeordneten fordern, dass der derzeitige 10-Jahres-Plan durch einen Fünf-Jahres-Zeitrahmen für alle Länder ersetzt wird, um das Tempo der Klimaschutzmaßnahmen zu beschleunigen. Alle direkten und indirekten Subventionen für fossile Brennstoffe in der EU sollten bis 2025 abgeschafft werden. Alle anderen Länder sollten ähnliche Maßnahmen ergreifen.

#### [Entschließung](#)

### Europäisches Parlament nimmt Entschließung zu Leitlinien für staatliche Klima-, Energie- und Umweltbeihilfen an

Am 21.10.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 415 zu 220 Stimmen bei 51 Enthaltungen die Entschließung zu den Leitlinien für staatliche Klima-, Energie- und Umweltbeihilfen ([CEEAG](#)) angenommen. Das EP begrüßt den von der Kommission vorgelegten Leitlinienentwurf über die CEEAG, insbesondere weil ein größerer Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Klimawandels und die Verringerung der Treibhausgasemissionen gelegt wird. Das EP betont jedoch, dass die Vorschriften für staatliche Beihilfen angesichts des technologischen Wandels, der durch den Übergang zu einem weniger CO<sub>2</sub>-intensiven Wirtschaftsmodell herbeigeführt wird, ein gewisses Maß an Flexibilität enthalten müssen. Die Kommission sollte klar zu verstehen geben, dass Unterstützung aller Art mit dem Übereinkommen von Paris und den Zielen der EU im Hinblick auf den ökologischen Wandel und mit ihren sozialpolitischen Zielen vereinbar sein sollte.

Die Kommission wird aufgefordert, die verschiedenen Beihilfekategorien an das Europäische Klimagesetz anzupassen. Der CEEAG-Entwurf sei insbesondere in der Beihilfekategorie für die „Verbesserung der Gesamtenergieeffizienz und der Umweltbilanz von Gebäuden“ nicht ambitioniert genug, da nur geringfügige Renovierungen vorgesehen sind.





In den CEEAG solle auch klargestellt werden, wie die Mitgliedstaaten Anreize für einen früheren Ausstieg der Gewinnung von Kohle, Torf und Ölschiefer schaffen können. Diese Beihilfekategorien sollten erheblich verbessert werden (siehe hierzu Beitrag des StMWi in diesem EB).

#### [Entschließung](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur CO<sub>2</sub>-Bestimmung von mittelschweren Lastkraftwagen und schweren Bussen ein**

Am 15.10.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf für eine Verordnung zur Ausweitung des Anwendungsbereichs der Verfahren zur Bestimmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen von schweren Nutzfahrzeugen auf mittelschwere Lastkraftwagen und schweren Bussen eingeleitet. Die Verordnung zur Bestimmung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und des Kraftstoffverbrauchs von schweren Nutzfahrzeugen (Verordnung (EU) 2017/2400) soll dahingehend geändert werden, dass auch mittelschwere Lastkraftwagen und schwere Busse in den Anwendungsbereich fallen. Zudem sollen neue Technologien wie Hybrid- und Vollelektrofahrzeuge, Dual-Fuel-Fahrzeuge, Fahrzeuge mit Zweistoffbetrieb, Abwärmerückgewinnung und fortgeschrittene Fahrerassistenzsysteme berücksichtigt werden.

Bis zum 12.11.2021 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme (siehe hierzu Beitrag des StMB in diesem EB).

#### [Konsultation](#)

## **VERBRAUCHERSCHUTZ**

### **Kommission erweitert Anwendungsbereich des EU-Umweltzeichens auf alle Kosmetik- und Tierpflegeprodukte**

Am 22.10.2021 hat die Kommission neue Kriterien für das EU-Umweltzeichen („EU Ecolabel“) für kosmetische Mittel und Tierpflegeprodukte angenommen und gleichzeitig seinen Anwendungsbereich ausgedehnt. Das EU-Umweltzeichen ist ein von Dritten geprüftes Umweltzeichen, das die Umweltauswirkungen eines Produkts während seines gesamten Lebenszyklus von der Rohstoffgewinnung bis zur endgültigen Entsorgung berücksichtigt. Die aktualisierten Kriterien für das EU-Umweltzeichen gelten nun für alle kosmetischen Mittel, wie sie in der EU-Kosmetikverordnung definiert sind. Bisher galten die Anforderungen des EU-Umweltzeichens für Kosmetika nur für eine begrenzte Anzahl von so genannten "Rinse-off"-Produkten wie Duschgels, Shampoos und Conditioner. Unter den aktualisierten Anwendungsbereich fallen nunmehr auch Kosmetika, die auf der Haut verbleiben (wie z. B. Cremes, Öle, Hautpflegelotionen, Deodorants und Antitranspirantien, Sonnenschutzmittel sowie Haar- und Make-up-Produkte).

Auch im Bereich der Tierpflege kann ein EU-Umweltzeichen für Rinse-off-Produkte vergeben werden.



Ziel der Neuerung ist es, mithilfe des Umweltzeichens Verbrauchern, die auf der Suche nach gesunden und nachhaltigen Optionen sind, geeignete Produkte aufzuzeigen und so einen Übergang zu einer sauberen und kreislauforientierten Wirtschaft zu ermöglichen.

[Kommissionsbeschluss](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#) (in englischer Sprache)

### **Europäisches Parlament nimmt Entschließung zum Schutz der Arbeitnehmer vor Asbest an**

Am 20.12.2021 hat das Europäische Parlament (EP) mit 675 zu 2 Stimmen bei 23 Enthaltungen die Entschließung mit Empfehlungen an die Kommission zum Schutz der Arbeitnehmer vor Asbest angenommen. Die Abgeordneten fordern die Verringerung der Exposition von Arbeitnehmern gegenüber Asbest und die sichere Entfernung von Asbest aus Gebäuden. Hierzu wird die Kommission aufgefordert, eine europäische Strategie zur Entfernung von Asbest aus Gebäuden vorzulegen, die neue Legislativvorschläge und eine Aktualisierung der geltenden Rechtsvorschriften zum Schutz der Arbeitnehmer vor Asbest enthält. Zudem soll eine Bewertung der verschiedenen Arten von Asbestfasern und ihre gesundheitsschädlichen Auswirkungen vorgenommen werden. Der derzeitige verbindliche Grenzwert für die berufsbedingte Exposition (OEL) sollte im Einklang mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen von 0,1 Fasern/cm<sup>3</sup> auf 0,001 Fasern/cm<sup>3</sup> gesenkt werden. Des Weiteren sollten öffentliche nationale digitale Register für Asbest und andere gefährliche Stoffe, die in öffentlichen und privaten Gebäuden gefunden werden, eingerichtet werden, wobei in einer Rahmenrichtlinie die Mindeststandards für dieses Register festgelegt werden sollen. Alle bekannten asbestbedingten Krankheiten sollten mittels eines zu erstellenden Legislativvorschlags als Berufskrankheiten anerkannt werden. Mindeststandards für die Entschädigung der Opfer sowie die Einrichtung einer Ombudsstelle in den Mitgliedstaaten, die den Opfern von Berufskrankheiten mit langer Latenzzeit helfen soll, seien vorzusehen.

[Entschließung](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur Aus- und Einfuhr von gefährlichen Chemikalien ein**

Am 19.10.2021 hat die Kommission eine Konsultation zum Entwurf einer Delegierten Verordnung zur Auflistung von Pestiziden, Industriechemikalien, persistenten organischen Schadstoffen und Quecksilber sowie zur Aktualisierung der Zollcodes in Bezug auf die Verordnung für die Aus- und Einfuhr gefährlicher Chemikalien (Verordnung (EU) Nr. 649/2012) eingeleitet. Insbesondere sollen Pestizide, die in der EU verboten sind, in die Liste der Chemikalien mit Ausfuhrbeschränkungen aufgenommen werden. Die Liste von Chemikalien, die nicht ausgeführt werden dürfen, soll um einige Schadstoffe und Quecksilberprodukte erweitert werden. Bis zum 16.11.2021 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme durch die Kommission ist noch für 2021 geplant.

[Konsultation](#)



### **Kommission leitet Konsultation zur Produkthaftungsrichtlinie ein**

Am 18.10.2021 hat die Kommission eine Konsultation zur Anpassung der zivilrechtlichen Haftungsregeln an das digitale Zeitalter und an die Entwicklungen im Bereich der künstlichen Intelligenz (KI) eingeleitet. Ziel der Konsultation ist der Erkenntnisgewinn zur Behebung und Verbesserung der Produkthaftungsrichtlinie, insbesondere mit Blick auf die Anwendbarkeit auf Produkte in der Digital- und Kreislaufwirtschaft sowie in Bezug auf die bei der KI einhergehenden Herausforderungen. Ziel der Kommission ist es, die Entwicklung und Einführung sicherer KI-Systeme zu fördern und Vertrauen bei potenziellen Nutzerinnen und Nutzern aufzubauen.

Bis zum 10.01.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme.

[Konsultation](#)

### **Kommission leitet Konsultation zur Novellierung der EU-Tierschutzvorschriften ein**

Am 15.10.2021 hat die Kommission eine Konsultation zur Überarbeitung der EU-Tierschutzvorschriften veröffentlicht. Ziel dieser Initiative ist es, die EU-Tierschutzvorschriften zu aktualisieren, um den jüngsten wissenschaftlichen Erkenntnissen stärker Rechnung zu tragen, den Geltungsbereich auszuweiten und die Vorschriften leichter durchsetzbar zu machen. Damit soll der Tierschutz in der EU insgesamt gestärkt werden. Hierzu wurde ein entsprechender [Fahrplan](#) bereits am 06.07.2021 veröffentlicht.

Bis zum 21.01.2022 besteht die Möglichkeit zur Stellungnahme. Die Annahme durch die Kommission ist für das 4. Quartal 2023 geplant.

[Konsultation](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN

### Europäisches Parlament stimmt über Farm to Fork - Strategie ab

Das Europäische Parlament (EP) führte am 18.10.2021 eine Plenardebatte zur von der Kommission vorgelegten Farm to Fork-Strategie (F2F-Strategie) und nahm am 19.10.2021 alle Änderungsanträge und die Entschließung selbst mit 452 zu 170 Stimmen bei 76 Enthaltungen an.

Die Abgeordneten stehen mehrheitlich hinter der Strategie und fordern verbindliche Reduktionsziele für Pflanzenschutzmittel, die Überarbeitung der Tierschutznormen, mehr Fläche für ökologische Landwirtschaft und einen gerechten Anteil am Gewinn aus nachhaltig erzeugten Lebensmitteln für Landwirte.

Die Berichterstatter *Hazekamp* (GUE/NGL – Linke, Niederlande) und *Dorfmann* (EVP, Südtirol) betonten, dass die Farm to Fork-Strategie einen wichtigen Beitrag zum Green Deal leiste. Die Aufklärung der Konsumenten muss konsequent vorangetrieben werden, damit diese die richtige Entscheidung treffen können. Kritik der Abgeordneten gab es an der späten Veröffentlichung der JCR-Studie zur Strategie. Sie forderten weitere Folgenabschätzungen zur F2F-Strategie. Es gab außerdem die Bedenken, dass durch die Strategie ein Wettbewerbsnachteil der europäischen Landwirte gegenüber Importen aus Drittländern entsteht. Zudem wurde betont, dass weiter in Forschung und Entwicklung investiert werden muss, um neue Ideen zur Kohlenstoffreduktion zu finden. Die ganze Lebensmittelkette müsse Anstrengungen betreiben, den Green Deal umzusetzen, die Landwirte dürfen nicht zu stark belastet werden.

Die Abgeordneten formulierten umfangreiche Forderungen im Hinblick auf gesündere Lebensmittel, Pflanzenschutzmittel, den Schutz von Bienen und anderen Bestäubern, Treibhausgasemissionen, Tierwohl und ökologische Landwirtschaft.

[EP nimmt Farm to Fork-Strategie an](#)

### Kommission veröffentlicht Monatsbericht über Handel von Agrar-/Ernährungsgüter

Die Kommission veröffentlichte am 26.10.2021 den aktuellen Monatsbericht über den Handel mit Agrar- und Ernährungsgütern.

Der Bericht zeigt, dass der Gesamtwert des EU-Agrar- und Ernährungshandels (Ausfuhren und Einfuhren) im Zeitraum Januar-Juli 2021 trotz eines verhaltenen Jahresbeginns um 3,2 % auf 183,8 Mrd € gestiegen ist. Die Ausfuhren stiegen um fast 6 % auf 111,4 Mrd. €, während die Einfuhren leicht um 0,2 % auf 72,4 Mrd. € zurückgingen. Dies spiegelt einen Gesamtüberschuss im Handel mit Nahrungsmitteln in Höhe von 39 Mrd. € in den ersten sieben Monaten des Jahres wider, was einem Anstieg von 18 % gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2020 entspricht.



Am stärksten stiegen die Ausfuhren in die USA, deren Wert um 1,6 Mrd. € bzw. 13 % zunahm. Dies ist vor allem auf Wein, Spirituosen und Liköre, Schokolade und Süßwaren zurückzuführen. Die Ausfuhren nach China nahmen aus denselben Gründen ebenfalls stark zu (+857 Mio. €).

Der stärkste Rückgang bei den Ausfuhren war in das Vereinigte Königreich zu verzeichnen.

Der größte Anstieg bei den Einfuhren von Nahrungsmitteln war bei Produkten aus Brasilien zu verzeichnen, die im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum im Jahr 2020 um 849 Mio. € oder 12 % zunahmen. Der Gesamtrückgang der Agrar- und Lebensmittelimporte ist vor allem auf einen starken Rückgang der Einfuhren aus dem Vereinigten Königreich zurückzuführen, die im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres um 2,4 Mrd. € oder 29 % gesunken sind.

[Monatsbericht Handel Agrar-/Ernährungsgüter](#)

### **Kommission veröffentlicht Studien zu Auswirkungen des Green Deal auf Landwirtschaft**

Die Kommission hat am 18.10.21 ein Factsheet zu verschiedenen Studien erstellt, welche die möglichen Auswirkungen einiger Elemente der Biodiversitäts- sowie Farm to Fork-Strategien auf die Landwirtschaft in der EU analysieren.

Die Studien sind jedoch nicht in der Lage, die Auswirkungen der beiden Strategien in vollem Umfang zu bewerten. So wurden beispielsweise künftige Änderungen im Verbraucherverhalten, die Auswirkungen von Forschung und Innovation oder die technologische Übernahme im Agrarsektor nicht oder nur teilweise berücksichtigt.

Nichtsdestotrotz begrüßt die Kommission die Beiträge der Studien zur Debatte und setzt sich dafür ein, dass der Übergang zu nachhaltigeren Lebensmittelsystemen gelingt, damit unsere Lebensmittelsysteme ihre negativen Auswirkungen auf den Klimawandel und den Verlust der biologischen Vielfalt verringern und gleichzeitig sicherstellen, dass Landwirte und Verbraucher davon profitieren können und unsere langfristige Ernährungssicherheit gewahrt bleibt.

[Studien zum Green Deal](#)

### **Europäisches Parlament nimmt Entschließung zur EU-Strategie zur Verringerung von Methanemissionen an**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 21.10.2021 eine Entschließung zur EU-Strategie zur Verringerung der Methanemissionen angenommen.

Darin fordern die Abgeordneten insbesondere die Kommission auf, verbindliche Ziele zur Verringerung der Methanemissionen vorzuschlagen, um die EU-Klimaziele zu erreichen und die Luftqualität zu verbessern. Die Abgeordneten fordern dazu ein neues, sektorübergreifendes Gesetz mit verbindlichen Maßnahmen und



Methanreduktionszielen, um die Methanemissionen in der EU bis 2030 im Einklang mit dem Pariser Abkommen deutlich zu reduzieren, sowie ein verbindliches globales Abkommen über Methan auf der COP26 in Glasgow. Des Weiteren sollen Überwachung, Berichterstattung und Überprüfung für alle Methan emittierenden Sektoren sowie Programme zur Erkennung und Reparatur von Leckagen obligatorisch sein.

Die Landwirtschaft hat den größten Anteil an den anthropogenen Methanemissionen in der EU, vor allem durch die Tierhaltung, insbesondere durch Wiederkäuer, und bietet das zweithöchste Potenzial zur Reduzierung der Methanemissionen insgesamt. Neue Maßnahmen in den Mitgliedstaaten sollen sicherstellen, dass diese Emissionen minimiert werden und die Lebensmittelproduktion nicht einfach in Länder außerhalb der EU verlagert wird. Importe aus Nicht-EU-Ländern müssen die gleichen hohen Standards erfüllen wie in der EU hergestellte Produkte. Bei künftigen politischen Entscheidungen muss ein klarer Rahmen insbesondere für die Tierhaltung geschaffen werden (siehe auch Beitrag des StMUV in diesem Bericht).

#### [Entschließung](#)

#### **Kommission leitet Konsultation zur Novellierung der EU-Tierschutzvorschriften ein**

Die Kommission leitete am 15.10.21 eine öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften im Bereich Tierschutz ein. Ziel der geplanten Überarbeitung ist es, ein höheres Tierschutzniveau zu gewährleisten, die EU-Rechtsvorschriften mit den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen in Einklang zu bringen, ihren Anwendungsbereich zu erweitern und ihre Umsetzung zu erleichtern. Ziel ist es, den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament innerhalb von zwei Jahren einen überarbeiteten Gesetzesvorschlag vorzulegen (siehe hierzu auch Beitrag des StMUV in diesem Bericht).

Rückmeldungen sind möglich bis 21.01.2022.

#### [Konsultation Rechtsvorschriften Tierschutz](#)

#### **Kommission startet Konsultation zu Durchführungsbestimmung zur neuen EU-Öko-Verordnung**

Die Kommission hat am 21.10.2021 eine Konsultation zu Durchführungsbestimmungen für den Handel mit ökologischen Erzeugnissen auf Basis der neuen EU-Öko-Verordnung 2018/848 veröffentlicht.

Rückmeldungen sind möglich bis 18.11.2021.

#### [Konsultation](#)

#### **Kommission veröffentlicht Konsultationen zur Aktualisierung des Schulprogrammes für Obst, Gemüse und Milch**

Die Kommission hat am 23.10.2021 zwei Konsultationen zur Aktualisierung des Schulprogrammes für Obst, Gemüse und Milch veröffentlicht.



In der ersten Initiative werden die Vorschriften für das EU-Schulprogramm für Obst, Gemüse und Milch in Bezug auf pädagogische Maßnahmen und Auswahl sowie Zulassung von Antragstellern angepasst.

So müssen die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass in allen teilnehmenden Schulen und für alle Kinder begleitende pädagogische Maßnahmen durchgeführt werden.

In der zweiten Initiative werden die Durchführungsvorschriften zu Beihilfeanträgen, Beihilfezahlungen und Kontrollen erneuert.

Rückmeldungen sind jeweils bis zum 20.11.2021 möglich.

[Konsultation zu pädagogischen Maßnahmen und Auswahl/Zulassung von Antragstellern](#)

[Konsultation zu Beihilfeanträgen, Beihilfezahlungen und Kontrollen](#)

### **Kommission veröffentlicht fünf Konsultationen zur Aktualisierung von Verordnungen im Bereich Pflanzenschutzmittel**

Die Europäische Kommission hat am 26.10.2021 fünf Konsultationen zur Aktualisierung von Verordnungen im Bereich Pflanzenschutzmittel veröffentlicht. Die Farm to Fork-Strategie zielt darauf ab, die Abhängigkeit von chemischen Pflanzenschutzmitteln zu verringern. Hierfür ist u. a. die Erleichterung des Inverkehrbringens biologischer Wirkstoffe notwendig. Im Rahmen dieser Maßnahme werden in Anhang II der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 Kriterien für die Genehmigung mikrobieller Wirkstoffe aufgenommen. Damit soll den Besonderheiten dieser Stoffe Rechnung getragen werden.

Zur entsprechenden Aktualisierung der geltenden Vorschriften werden mit zwei weiteren Initiativen die derzeitigen Datenanforderungen (in Teil B des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 283/2013 und in Teil B des Anhangs der Verordnung (EG) Nr. 284/2013) so angepasst, dass den Eigenschaften der Mikroorganismen in diesen Produkten Rechnung getragen wird, da diese sich von denen chemischer Wirkstoffe unterscheiden.

Mit der vierten Initiative wird Teil II der einheitlichen Grundsätze für die Bewertung und die Zulassung von Pflanzenschutzmitteln analog zum o. g. Verfahren angepasst.

Mit der fünften Initiative wird das Programm zur Bewertung von bioziden Wirkstoffen aktualisiert, um bestimmte Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen, deren Genehmigung ausgelaufen ist oder nicht mehr vorgesehen ist, zu streichen. Im Anschluss wird die Liste der Kombinationen (Anhang II der Delegierten Verordnung (EU) Nr. 1062/2014 der Kommission) auf den neuesten Stand gebracht.

Rückmeldungen sind bis zum 23.11.2021 möglich.

[Genehmigungskriterien für mikrobielle Wirkstoffe \(EG\) Nr. 1107/2009](#)

[Neue Datenanforderungen für die Genehmigung von Wirkstoffen \(EG\) Nr. 283/2013](#)

[Neue Datenanforderungen für die Zulassung \(EG\) Nr. 284/2013](#)

[Neue einheitliche Grundsätze für die Bewertung und die Zulassung \(EG\) Nr. 546/2011](#)

[Aktualisierung Überprüfung Wirkstoff-/Produktart-Kombinationen \(EG\) Nr. 1062/2014](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR FAMILIE, ARBEIT UND SOZIALES

### **Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMAS**

Die Kommission will sich auch im kommenden Jahr für die Umsetzung des Aktionsplans zur Europäischen Säule Sozialer Rechte einsetzen. Der Schock der Pandemie habe deutlich gemacht, dass starke Netze der sozialen Sicherheit von entscheidender Bedeutung seien, heißt es in der Mitteilung für das Arbeitsprogramm der Kommission 2022. In dem Papier wird u. a. eine Empfehlung zum Mindesteinkommen angekündigt. Die Kommission will ferner eine Mitteilung zur Stärkung des sozialen Dialogs auf EU- und nationaler Ebene vorlegen, um die Rolle der Sozialpartner zu stärken.

Besondere Aufmerksamkeit schenkt die Kommission 2022 der jungen Generation. Als Teil des Europäischen Jahrs der Jugend 2022 wird im Arbeitsprogramm bereits die Initiative ALMA (Aim, Learn, Master, Achieve – Anvisieren, Lernen, Meistern, Ankommen) genannt, mit der benachteiligte junge Menschen in Europa unterstützt werden sollen.

[Mitteilung zum Arbeitsprogramm 2022](#)

[Anhänge zur Mitteilung mit Auflistung der Initiativen](#)

[Factsheet "Arbeitsprogramm"](#) (in englischer Sprache)

### **Sozialdienstleister wollen auf EU-Ebene die Sozialpartnerschaft stärken**

Der Verband der europäischen Sozialarbeitgeber (Social Employers) und der Europäische Gewerkschaftsverband für den öffentlichen Dienst (EGÖD) haben einen gemeinsamen Antrag auf Einrichtung eines Ausschusses für einen Sektoralen Sozialen Dialog bei der Kommission eingereicht. Die Einsetzung des Ausschusses sei dringend erforderlich, um die Herausforderungen bei den Sozialdienstleistungen, wie beispielsweise den Personalmangel, anzugehen, heißt es in einer Pressemitteilung. Die Organisationen stützen ihren Antrag auf eine Eurofound-Studie, wonach Social Employers beziehungsweise EGÖD die jeweils wichtigsten Interessensvertretungen im Sozialdienstleistungssektor sind. Die Kommission hat genaue Vorschriften für die Einrichtung, Repräsentativität und die Arbeitsweise von Ausschüssen für den Sektoralen Sozialen Dialog. Sie sind als zentrale Gremien zur Anhörung, für gemeinsame Initiativen und Verhandlungen gedacht.

[Pressemitteilung des EGÖD](#) (in englischer Sprache)

[Zum europäischen sozialen Dialog](#)

### **Kommission ermittelt Regionen, in denen Frauen besonders erfolgreich sind**

Die Kommission hat erstmals Ergebnisse eines regionalen Gleichstellungsmonitorings veröffentlicht. Die in Zusammenarbeit mit der gemeinsamen Forschungsstelle der EU erstellte Studie soll Informationen darüber



bieten, wo Frauen auf regionaler Ebene in Europa am meisten erreichen können und wo sie am meisten benachteiligt werden. Dafür werden zwei Werte berechnet:

Der Female Achievement Index (FemAI) vergleicht das Leistungsniveau der Frauen. Die Skala geht von 0 (geringste Leistung) bis 100 (beste Leistung); je höher der Wert ist, desto besser schneidet die Region ab. Der EU-Durchschnitt liegt bei 57,4. Die bayerischen Regierungsbezirke liegen alle über diesem. Am besten schneidet Oberbayern mit 63,9 ab. Es folgen Unterfranken (62,3), Mittelfranken (62,1), Schwaben (61,9), Oberfranken (61,7), Oberpfalz (61,7) und Niederbayern (61,6).

Der Female Disadvantage Index (FemDI) misst das Ausmaß der Benachteiligung von Frauen. Der niedrigste mögliche Wert ist 0 (keine Benachteiligung) und der höchstmögliche Wert ist 100 (größte Benachteiligung). Hier liegt der EU-Durchschnitt bei 27,0. Am geringsten in Bayern ist die Benachteiligung in Oberbayern (26,6). Daran schließen sich Unterfranken (26,9), Oberfranken (27,2), Mittelfranken (27,4), Niederbayern (27,5), Oberpfalz (29,2) und Schwaben (30,2) an.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Zur Studie mit interaktiver Karte](#) (in englischer Sprache)

### **Kommission will mehr Inklusion bei Erasmus+ und Europäischem Solidaritätskorps**

Die Kommission will das Programm Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps im Zeitraum 2021-2027 inklusiver und vielfältiger gestalten. Mit einem Rahmen für Inklusionsmaßnahmen sollen Menschen mit geringeren Chancen u. a. mehr finanzielle Unterstützung erhalten. Zudem sollen die Teilnehmenden vor, während und nach ihrem Projekt stärker betreut werden (z. B. Sprachhilfe, vorbereitende Besuche, stärkeres Mentoring). Auch den Organisationen, die an inklusiven Projekten beteiligt sind, sollen zusätzliche Mittel zur Verfügung stehen. Projekte, welche die Themen Inklusion und Vielfalt einbeziehen, haben Priorität in den Auswahlverfahren.

Über die nationalen Agenturen für Erasmus+ und das Europäische Solidaritätskorps wird die Kommission die Umsetzung der Inklusionsmaßnahmen auf nationaler Ebene überwachen. Die nationalen Agenturen werden auf der Grundlage des jetzt vorgelegten allgemeinen Rahmens für Inklusionsmaßnahmen eigene Aktionspläne für Inklusion ausarbeiten.

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Zum Durchführungsbeschluss](#)

### **Europäisches Parlament fordert stärkere soziale Dimension des Europäischen Semesters**

Das Europäische Parlament (EP) hat am 20.10.2021 mit einer knappen Mehrheit (347 Stimmen, 162 Gegenstimmen und 191 Enthaltungen) eine Entschließung zur Beschäftigungs- und Sozialpolitik des Euro-Währungsgebiets 2021 angenommen. Darin wird u. a. eine Reform des Europäischen Semesters angemahnt. Wirtschaftspolitik dürfe nicht ausschließlich aus rein makroökonomischer Perspektive beurteilt werden, heißt es



in dem Text. Die Basis des Europäischen Semesters müsse vielmehr ein integrierter Ansatz sein, bei dem der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik die gleiche Bedeutung zukommt. Die Arbeits- und Sozialminister müssten gleichermaßen einbezogen werden wie die Wirtschafts- und Finanzminister.

Die Entschließung befasst sich mit einer Reihe weiterer Punkte (z. B. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, steigende Energiepreise). Die Kommission wird aufgefordert, vor ihrer Entscheidung über die Deaktivierung der Allgemeinen Ausweichklausel im EU-Stabilitätspakt eine Gesamtbewertung des Wirtschaftszustands vorzunehmen, welche auch die Lage der Mitgliedstaaten in den Bereichen Beschäftigung, Soziales und Gesundheit berücksichtigt.

[Pressemitteilung des EP](#) (in englischer Sprache)

[Entschließungstext](#)

### **Rat der EU fordert Berücksichtigung der Geschlechter-Perspektive in allen Politikbereichen**

Der Rat der EU in der Formation „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ (EPSCO) hat am 15.10.2021 in Luxemburg getagt und Schlussfolgerungen zum Gender-Mainstreaming im EU-Haushalt angenommen. Der Text ist eine Reaktion auf einen Bericht des Europäischen Rechnungshofs (ERH), wonach die Kommission diesem Thema noch nicht ausreichend gerecht wird. Die Ratschlussfolgerungen rufen zu einer systematischen Berücksichtigung der Geschlechterperspektive in allen Arbeitsbereichen und bei allen Politikmaßnahmen auf, auch bei der Festlegung des Budgets.

Die Ministerinnen und Minister führten auch eine Orientierungsaussprache bezüglich der Zukunft des Europäischen Semesters. Sie forderten, baldmöglichst zum regulären Prozess inklusiver Länderberichte und länderspezifischer Empfehlungen zurückzukehren. Die Ministerinnen und Minister befassten sich zudem mit dem Thema „Sicherheit und Gesundheitsschutz im Mittelpunkt der Arbeit der Zukunft“. Grundlage des Austausches war der von der Kommission Ende Juni vorgelegte „Strategische Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027“. Die Mitgliedstaaten hoffen, dass mit dem strategischen Rahmen der Arbeitsschutz modernisiert und die Standards an die Anforderungen der sich verändernden Arbeitswelt angepasst werden können.

[Zusammenfassung der Ergebnisse auf den Seiten des Rates](#)

### **Europäische Sozialpartner fordern stärkere Einbindung beim Wiederaufbau**

Die Spitzen der slowenischen Ratspräsidentschaft, der Kommission und der europäischen Sozialpartner sind am 20.10.2021 virtuell zum Dreigliedrigen Sozialgipfel zusammengekommen. Bei dem Treffen wurde insbesondere die Frage diskutiert, wie die Umsetzung des europäischen Wiederaufbauprogramms und die grüne und digitale Transformation sozial gerecht gestaltet werden können.

Während der Präsident des Europäischen Rates, *Charles Michel*, und die Kommissionspräsidentin, *Ursula von der Leyen*, die entscheidende Rolle der Sozialpartner für diesen Prozess betonten, zeigten sich Vertreter der



Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU  
Nr. 17/2021 vom 28.10.2021



Sozialpartner mit Blick auf jüngste Erfahrungen in den Mitgliedstaaten eher skeptisch. *Pierre Gattaz*, Präsident von BusinessEurope, kritisierte beispielsweise, dass die Sozialpartner nicht ausreichend in die Erstellung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne eingebunden worden seien. Er hofft, dass dies bei der Umsetzung der Pläne anders sein wird. Die Kommission hat für Anfang 2022 eine Mitteilung zum Sozialen Dialog angekündigt.

[Pressemitteilung](#)



## STAATSMINISTERIUM FÜR GESUNDHEIT UND PFLEGE

### Europäische Arzneimittel-Agentur prüft ein weiteres Medikament gegen COVID-19

Die europäische Arzneimittel-Agentur EMA hat das Prüfverfahren für ein weiteres Medikament gegen COVID-19 begonnen: **Molnupiravir** (MK-4482 oder Lagevrio), ein orales Virostatikum, das von den amerikanischen Pharmaunternehmen Merck Sharp & Dohme und Ridgeback Biotherapeutics entwickelt wurde. Bisher ist in der EU erst ein Medikament zur Behandlung von COVID-19 zugelassen (Veklury (remdesivir)), für fünf weitere (Olumiant (baricitinib), Kineret (anakinra), Regkirona (regdanvimab), RoActemra (tocilizumab), Ronapreve (casirivimab/imdevimab)) wurden Zulassungsanträge gestellt, vier Präparate werden derzeit geprüft. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt hat die Kommission **Vorabkaufvereinbarungen für drei Kandidaten** unterzeichnet: Ronapreve, das von der Schweizer Firma Roche entwickelt wurde, Sotrovimab von der britischen Firma GSK und die von der amerikanischen Firma Eli Lilly entwickelte Kombination der Antikörper Bamlanivimab und Etesevimab.

[Pressemitteilung EMA](#)

[Übersicht zu den COVID-19 Medikamenten](#)

### COVID-19: Europäischer Rat am 21.10.2021

Die Staats- und Regierungschefs der EU forderten am 21.10.2021, dass die Verhandlungen über das **Gesetzgebungspaket zur Gesundheitsunion abgeschlossen** und die Mitgliedstaaten angemessen in die Leitung der Behörde für die Krisenvorsorge und -reaktion bei gesundheitlichen Notlagen (HERA) **eingebunden** werden. Der Europäische Rat wies erneut darauf hin, dass die Arbeit hinsichtlich des **Zugangs zu Arzneimitteln** in allen Mitgliedstaaten rasch vorangebracht werden muss. Die Minister waren sich einig, dass eine größere **Autonomie der EU im Bereich der Arzneimittel** sichergestellt werden müsse, vor allem durch die Erweiterung der Produktionskapazitäten für Arzneimittel innerhalb der EU.

Der Europäische Rat forderte zudem die rasche Beseitigung der Hindernisse, die der weltweiten Bereitstellung von Impfstoffen im Wege stehen, und ersuchte die Kommission, in dieser Hinsicht weiterhin direkt mit den Herstellern zusammenzuarbeiten. Dies werde den Mitgliedstaaten ermöglichen, die Lieferung von Impfstoffen an die bedürftigsten Länder zu beschleunigen.

Im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Treffen der G20 und mit Blick auf die Sondertagung der Weltgesundheitsversammlung im November betonte der Europäische Rat, dass er eine starke, zentrale **Rolle der Weltgesundheitsorganisation** bei der künftigen Global Health Governance ebenso wie das Ziel, sich auf einen **internationalen Pandemievertrag** zu einigen, unterstützt.

[Tagung des Europäischen Rates](#)



### Europäisches Parlament fordert mehr Transparenz um COVID-19 Impfstoffe

Das Europäische Parlament (EP) hat mit großer Mehrheit eine Entschließung mit dem Ziel angenommen, **Einzelheiten zu Forschung, Einkauf und Verteilung von COVID-19** durch die Kommission offenlegen zu lassen. So fordern die Abgeordneten, dass die Kommission offenlegt, wer in ihrem Namen über den Kauf von Impfstoffen verhandelt. Sie solle Kaufverträge mit Impfstofflieferanten veröffentlichen, einschließlich Einzelheiten zu öffentlichen Investitionen und Impfstoffkosten, und mögliche Vertragsbrüche bekannt machen. Durch dieses Mehr an Transparenz soll der **Desinformation** und der **Impfskepsis** entgegengewirkt werden.

Die Abgeordneten fordern außerdem, dass die EU bei künftigen Impfstoffverträgen die weltweite Verfügbarkeit von Impfstoffen als **globales öffentliches Gut** fördert. Die EU sollte Nicht-EU-Länder bei der Bekämpfung von COVID-19 unterstützen und die Impfung beschleunigen, indem sie Produktionsengpässe überwindet. Unternehmen könnten beispielsweise ihre Technologie transferieren (über den COVID-19 Technology Access Pool der Weltgesundheitsorganisation, kurz C-TAP), und die Länder könnten mehr zum COVAX-Programm beitragen. Die EU sollte außerdem eine globale und öffentliche Impfstoffstrategie entwickeln, die eine gerechte weltweite Verteilung vorsieht.

[Pressemitteilung](#) (in englischer Sprache)

[Entschließung des EP vom 21.10.2021](#)

### EU hat mehr als eine Milliarde Impfdosen exportiert

Die EU hat in den vergangenen zehn Monaten mehr als **eine Milliarde Impfstoffdosen** exportiert. Das hat EU-Kommissionspräsidentin *Ursula von der Leyen* am 18.10.2021 bekanntgegeben. Die EU sei eindeutig der größte Exporteur von COVID-19-Impfstoffen. Jeder zweite in Europa hergestellte Impfstoff werde exportiert. Mehr als **75 %** der Erwachsenen in der EU seien nun vollständig geimpft. Zusätzlich zu den Exporten werde die EU in den nächsten Monaten mindestens 500 Mio. Dosen an den stärksten gefährdeten Ländern **spenden**. Die EU und die USA streben eine **weltweite Impfquote von 70 %** bis zum nächsten Jahr.

[Erklärung von Präsidentin von der Leyen zu Impfstoffexporten](#)

### Kommission veröffentlicht Bericht zum Digitalen COVID-Zertifikat der EU

Die Kommission hat am 18.10.2021 einen Bericht über das digitale COVID-Zertifikat und seine Umsetzung in der EU veröffentlicht. Aus diesem geht hervor, dass das digitale COVID-Zertifikat der EU mit **mehr als 591 Mio.** ausgestellten Zertifikaten ein entscheidendes Element der Reaktion Europas auf die COVID-19-Pandemie ist. **43 Länder** sind an das System angeschlossen, und weitere werden in den kommenden Wochen und Monaten folgen. 20 EU-Mitgliedstaaten nutzen das Zertifikat auch **für inländische Zwecke**, beispielsweise für den Zugang zu Großveranstaltungen sowie zu Restaurants, Kinos und Museen, wofür zusätzliche nationale Rechtsgrundlagen geschaffen wurden. Dem Digitalen COVID-Zertifikat der EU liegt eine Verordnung über einen gemeinsamen Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate zugrunde.



Bis zum 31.03.2022 will die Kommission einen weiteren Bericht über die Anwendung der Verordnung und gegebenenfalls einen Legislativvorschlag zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung vorlegen. Sie gilt derzeit bis zum 30.06.2022 (siehe auch Beitrag des StMD in diesem EB).

[Pressemitteilung](#)

[Bericht](#)

[Anhang zum Bericht](#)

### Schrittweise Einführung der neuen Regeln zu In-vitro-Diagnostika

Die Kommission hat am 14.10.2021 vorgeschlagen, die neue Verordnung über In-vitro-Diagnostika (Verordnung (EU) 2017/746 – IVD-Verordnung) **schrittweise einzuführen**, um die fortlaufende Versorgung mit unerlässlichen Medizinprodukten sicherzustellen. Wegen den Herausforderungen der COVID-19-Pandemie ist es nicht möglich, alle mit der IVD-Verordnung eingeführten Änderungen rechtzeitig umzusetzen. Für Produkte mit höherem Risiko wie HIV oder Hepatitis-Tests (Klasse D) und bestimmte Influenza-Tests (Klasse C) gilt daher eine Übergangsfrist bis Mai 2025 und 2026; für Produkte mit niedrigerem Risiko wie sterile Produkte der Klassen B und A gilt eine Frist bis Mai 2027. Für Produkte mit CE Kennzeichnung, die im Rahmen der IVD-Verordnung keine Mitwirkung der Benannten Stellen erfordern, oder für Produkte, die „neu“ sind, werden keine Änderungen vorgeschlagen. Für diese Produkte gilt die IVD-Verordnung daher wie geplant ab dem 26.05.2022. Der Vorschlag wird nun dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Annahme vorgelegt.

[Vorschlag der Kommission zur Änderung der IVD-Verordnung](#) (in englischer Sprache)

[Pressemitteilung der Kommission](#)

[Fragen und Antworten zum Vorschlag](#)

[IVD-Verordnung](#)

### EU-Gesundheitspreis für Krebsprävention und psychische Gesundheit

Die Kommission hat im Rahmen der EU-Plattform für Gesundheitspolitik den EU-Gesundheitspreis 2021 ausgelobt. In diesem Jahr sollen damit Leistungen und Initiativen von Städten, Organisationen und Bildungseinrichtungen zur Förderung der Kommunikation und der Gesundheitskompetenz im Bereich der **Krebsprävention bei Kindern und Jugendlichen** (im Alter von 6 bis 24 Jahren) gewürdigt werden. Ein weiterer Schwerpunkt sind Initiativen auf Gemeindeebene, die die Auswirkungen von COVID-19 auf die **psychische Gesundheit** lindern. Der EU-Gesundheitspreis wird im Rahmen des EU4Health-Programms 2021 bis 2027 finanziert und soll die Ermittlung, Verbreitung und Umsetzung bewährter Verfahren zur Verbesserung der Gesundheit und der Lebensqualität unterstützen.

Bewerbungen können bis zum 30.11.2021 eingereicht werden.

[EU Health Award](#)

[EU Health Award: Regeln](#)





## STAATSMINISTERIUM FÜR DIGITALES

---

### Europäischer Rat: Schlussfolgerungen zu Digitaler Agenda

Am 22.10.2021 befassten sich die Staats- und Regierungschefs mit den Fortschritten bei der Digitalen Agenda. Der Europäische Rat fordert in seinen Schlussfolgerungen eine rasche Prüfung des Vorschlags der Kommission für einen Beschluss zur Festlegung des Politikprogramms „Weg in die digitale Dekade“ für den Zeitraum bis 2030, mit dem der Digitale Kompass umgesetzt werden soll. Betreffend die Gesetzgebungsvorschläge des Digital Services Act und des Digital Markets Act werden die gesetzgebenden Organe ermutigt, so schnell wie möglich eine Einigung zu erzielen. Die Staats- und Regierungschefs mahnen an, das Datenpotenzial in Europa auszuschöpfen durch einen umfassenden, innovationsfreundlichen Regelungsrahmen und mit der Umsetzung von Maßnahmen zur Einrichtung sektorspezifischer Datenräume. Zudem müsse ein europäisches Mikrochip-Ökosystem geschaffen werden, ein koordinierter Ansatz für eine europäische digitale Identität und ein innovationsfreundlicher Rechtsrahmen für künstliche Intelligenz. Zudem wird der Anstieg böswilliger Cyberaktivitäten betont. Die EU werde immer für einen offenen, freien, stabilen und sicheren Cyberraum eintreten. Länder in der ganzen Welt werden nachdrücklich aufgefordert, diese Normen einzuhalten und durchzusetzen.

[Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 22.10.2021](#)

### Kommission veröffentlicht Bericht zum Digitalen COVID-Zertifikat der EU

In einem am 18.10.2021 veröffentlichten Bericht zieht die Kommission eine positive Bilanz zum Digitalen COVID-Zertifikat der EU: Das Zertifikat, das COVID-19-Impfungen und -Tests sowie die Genesung von COVID-19 bescheinigt, erleichtere sicheres Reisen und sei entscheidend für die Unterstützung der europäischen Tourismusbranche. Es habe einen globalen Standard gesetzt und sei derzeit das einzige System, das auf internationaler Ebene in Betrieb ist. 43 Länder auf vier Kontinenten sind dem System bereits angeschlossen, 60 Drittländer haben gegenüber der Kommission Interesse bekundet, sich anzuschließen. Dem Digitalen COVID-Zertifikat der EU zugrunde liegt eine Verordnung über einen gemeinsamen Rahmen für die Ausstellung, Überprüfung und Anerkennung interoperabler Zertifikate. Bis zum 31.03.2022 will die Kommission einen weiteren Bericht über die Anwendung der Verordnung und gegebenenfalls einen Legislativvorschlag zur Verlängerung der Geltungsdauer der Verordnung vorlegen. Sie gilt derzeit bis zum 30.06.2022 (siehe hierzu auch Beitrag des StMGP in diesem EB).

[Pressemitteilung der Kommission](#) mit weiterführenden Links

### Kommission legt Arbeitsprogramm 2022 vor: Schwerpunkte aus dem Geschäftsbereich des StMD

Am 19.10.2021 hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm für das Jahr 2022 vorgelegt. Unter der Überschrift „Ein Europa für das digitale Zeitalter“ plant die Kommission, im 2. Quartal u. a. ein Europäisches Halbleiter-



**Europabericht der Vertretung des Freistaates Bayern bei der EU**  
**Nr. 17/2021 vom 28.10.2021**



Gesetz, den Vorschlag für eine Interoperabilitätsstrategie der Mitgliedstaaten sowie die Initiative für ein weltraumgestütztes Kommunikationssystem vorzulegen. Für das 3. Quartal sind u. a. ein Europäischer Rechtsakt über Cyberabwehrfähigkeit und Maßnahmen zur Förderung digitaler Kompetenzen in Schulen und Hochschulen geplant. Das „Recht auf Reparatur“, welches sich auch auf Software-Updates beziehen soll, ist für das 3. Quartal angekündigt.

[Arbeitsprogramm der Kommission für 2022](#)

[Anhang zum Arbeitsprogramm](#)